

Die Konjunktoren des Rechtspopulismus in Österreich

Mag.^a Elisabeth Kleinlercher, MSc.

Wien, September 2015

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|----|
| 1. Rechtspopulismus: eine kurze Begriffsbestimmung | 5 |
| 2. Der europäische Kontext: Normalisierung des Rechtspopulismus in Europa | 10 |
| 2.1. Rechtspopulistische Parteien in Westeuropa: eine pathologische Normalität? | 10 |
| 2.2. Österreich: ein Fall <i>sui generis</i> ? | 13 |
| 3. Die Konjunkturen des Rechtspopulismus in Österreich | 17 |
| 3.1. Ursprung und Anfänge der FPÖ (Phase I – 1949 bis 1986) | 17 |
| 3.2. Aufstieg und Erfolg der FPÖ unter Haider (Phase II – 1986 bis 1999) | 20 |
| 3.3. Regierungsbeteiligung und Stagnation (Phase III – 2000 bis 2005) | 25 |
| 3.4. Das Wiedererstarken der FPÖ in der Opposition (Phase IV – ab 2006) | 27 |
| 4. Ansteckungseffekt? | 32 |
| Fazit | 34 |

Einleitung

Nach dem zweiten Weltkrieg waren die liberalen Demokratien Westeuropas in sozialer und politischer Hinsicht für einige Jahrzehnte sehr stabil. Doch ab den 1970er Jahren entwickelte sich eine steigende Politikverdrossenheit, anwachsendes Misstrauen gegenüber den politischen Institutionen und eine wachsende Entfremdung von WählerInnen und Politik. Zudem gab es vielseitige gesellschaftliche Veränderungen (Ende des Ostblocks, deutliche Erweiterung der EU, Immigration, Globalisierung der Wirtschaft und Neoliberalismus, das Ende der Vollbeschäftigung, erkennbare Umweltschäden und -katastrophen, politische Skandale usw.). Für Unzufriedenheiten wurde ein Nährboden und – durch die etablierten Parteien – eine Lücke geschaffen, die Raum für neue Bewegungen und Parteien bot. Eine Antwort – häufig links der Mitte – war etwa die grüne Parteienfamilie. Auch rechts der Mitte begannen sich neue Parteien zu formieren, die als „neue Rechte“, „rechtsextremistisch“, „rechtspopulistisch“, oder aber auch „extreme Rechte“ in die wissenschaftliche Literatur eingingen und zahlreiche Untersuchungen zu deren Ideologie, Strategien und Wählerschaft hervorriefen. Diese Parteien bilden seit nunmehr etwa 30 Jahren einen festen Bestandteil der westlichen Parteiensysteme und zunehmend auch in den ehemals kommunistischen Staaten. In vielen Ländern konnten sie sich dauerhaft etablieren. Auch Österreich kann in diesem Zusammenhang genannt werden. Mit der raschen Entwicklung von einer Randpartei zur zweitstärksten Kraft Ende der 1990er Jahre, die Regierungsverantwortung übernahm, entwickelte sich die FPÖ zur erfolgreichsten Partei der extremen Rechten in der EU¹. Die Stagnationsphase, die auf innerparteiliche Auseinandersetzungen und eine eher begrenzte Leistung der Partei in der Regierung zurückzuführen ist², führte jedoch nicht zu einer dauerhaften Entzauberung, sondern zu einem Wiedererstarken der Partei. Das zentrale Thema der vorliegenden Studie sind deshalb die unterschiedlichen Konjunkturen des Rechtspopulismus. Österreich scheint für eine Analyse solcher Konjunkturen besonders geeignet, da die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) oftmals als Idealtypus einer rechtspopulistischen Partei gesehen wird und auf eine lange Entwicklung zurückblickt. Dies ist insofern relevant, als die vorliegende Arbeit zeigen soll, welche Faktoren erheblich für Aufstieg wie auch den Fall rechtspopulistischer Parteien sind.

In Kapitel 1 erfolgt eine kurze Begriffsbestimmung des Rechtspopulismus. Anschließend wird sich die Arbeit mit dem europäischen Kontext auseinandersetzen.³ Dabei soll das Aufkommen rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa nachgezeichnet und danach gefragt werden, ob Österreich einen Sonderfall innerhalb dieser Parteienfamilie darstellt (Kapitel 2). In Kapitel 3 soll die konjunkturelle Entwicklung des österreichischen Rechtspopulismus erklärt werden. Die

¹ vgl. Jesse/Thieme (2011b).

² vgl. etwa Heinisch (2004).

³ Dabei wird der Fokus auf Westeuropa liegen, da der Rechtspopulismus in Osteuropa als Sonderfall gilt und sich andersartig gestaltet.

Analyse soll nicht lediglich die Entwicklung der Partei und deren Erfolge und Niederlagen beschreiben. Sie soll auch keine listenhafte Abarbeitung unterschiedlicher Faktoren und deren Ausprägung vornehmen, sondern analytischer vorgehen. Da in den vergangenen Jahren zunehmend jene Publikationen kritisiert wurden, welche den Erfolg rechtspopulistischer Parteien lediglich durch Umbrüche auf der Nachfrageseite erklären, wurde im vergangenen Jahrzehnt eine Lücke gefüllt und auch die Angebotsseite rechtspopulistischer Parteien, also Ideologie, Leadership und Organisation rechtspopulistischer Parteien beleuchtet. Auch die vorliegende Arbeit soll das komplexe Wechselspiel zwischen den Faktoren auf der Nachfrageseite und jenen auf der Angebotsseite am Beispiel Österreich untersuchen. Auf diese Weise können Ursprung und Anfänge (Phase I), Aufstieg und Erfolg (Phase II), die Regierungsbeteiligung, Abstieg und Stagnation (Phase III) und das Wiedererstarken der FPÖ in der Opposition (Phase IV) nachgezeichnet werden. In einem abschließenden Kapitel soll auf den sogenannten „contagion effect“ (Ansteckungseffekt) eingegangen werden (Kapitel 4). Dabei wird danach gefragt, ob und wie sich etablierte Parteien von Ideologie und Programm rechtspopulistischer Parteien anstecken lassen.

1. Rechtspopulismus: eine kurze Begriffsbestimmung

Es gab nicht nur in Hinblick auf den plötzlichen Erfolg des Phänomens des „Rechtspopulismus“, das in Westeuropa seit den 1970er Jahren einen Aufschwung erlebte, diverse Unklarheiten, sondern auch was die Definitionen betrifft. Cas Mudde betont etwa, dass es in der dritten Welle der Forschung über die radikale Rechte sehr unterschiedliche Ansätze gibt, die mindestens 58 unterschiedliche Kategorien umfassen⁴. Dabei konkurrieren unterschiedliche Definitionen (wie etwa der „neue Rechtspopulismus“⁵, die „radikale Rechte“⁶, die „populistische radikale Rechte“⁷, die „extreme Rechte“⁸ oder auch der „harte“ oder „weiche Rechtsextremismus.“⁹) Hier wird die Ansicht vertreten, dass der kleinste gemeinsame Nenner des Rechtspopulismus die „schmale Ideologie“¹⁰ des Populismus ist. Populismus als „schmale Ideologie“ meint, dass der Populismus erst ideologische Bedeutung erlangt, wenn er von bestimmten Bewegungen oder Parteien aufgegriffen wird und durch andere ideologische Elemente ergänzt wird.¹¹ „Rechts“ beschreibt das ideologische Richtungsmerkmal, das heißt Populismus wird mit einer Ideologie der „Rechten“ ergänzt. Diese ist wandelbar und zeichnet sich sowohl durch die vertikale Abgrenzung, als auch horizontale Abgrenzungsmuster¹² eines „exklusiven Nativismus“, wie er hier genannt wird, aus.¹³ Heinisch etwa meint, dass „links- und rechtspopulistische Parteien in erster Linie populistisch, also opportunistisch“ sind, und „sich allein an der Wählerstimmung und weniger an Programmen und ideologischen Positionen“¹⁴ orientieren. Hier wird aber die Ansicht vertreten, dass den rechtspopulistischen Parteien eine „rechte“ Ideologie zugrunde liegt, die sehr wandelbar und anpassungsfähig ist. „Nativismus“ ist im Sinne von Cas Muddes Definition eine Ideologie, bei der der Staat nur aus der vermeintlich einheimischen Bevölkerung bewohnt werden soll und die den Staat vor allem Fremden, also „nicht-heimischen“ Personen oder Ideen verteidigen möchte und letztere als Bedrohung für die ansonsten homogene einheimische Bevölkerung ansieht.¹⁵ Es wird hier also davon ausgegangen, dass dieser exklusive Nativismus allen rechtspopulistischen Parteien gemein ist. Dadurch ergeben sich unterschiedliche Abgrenzungsmuster, etwa gegen das Establishment, die kulturelle Elite, aber auch gesellschaftliche Randgruppen,

Nationalistischer Mythos ist allen rechtspopulistischen Parteien gemein

⁴ vgl. Mudde (1996), 229.

⁵ Decker (2006).

⁶ Minkenberg (2000).

⁷ Mudde (2010); Zaslove (2009).

⁸ Hainsworth (2008).

⁹ Jesse/Thieme (2011a); (2011b).

¹⁰ Kriesi (2014), 362.

¹¹ vgl. Mény/Surel (2002), 6.

¹² vgl. Decker/Lewandowsky (2009), 1.

¹³ Betz greift den Terminus eines exklusiven, also einen sich auf das eigene Volk beziehenden Protektionismus auf, welcher dem hier verwendeten Konzept des „exklusiven Nativismus“ sehr nahe kommt (vgl. 2002b, 257).

¹⁴ Heinisch (2012), 366.

¹⁵ vgl. Mudde (2007), 19.

Migranten und auch die Europäische Union.¹⁶ Minkenberg nennt das den „*nationalistischen Mythos*“, der seiner Meinung nach der Kern der Ideologie der Parteien des rechten Flügels ist.¹⁷

Dennoch bestehen erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Parteien. Das erklärt, wieso manche der Parteien als Anti-Immigrations-Parteien, andere als Law-and-Order Parteien oder Protestparteien bezeichnet werden.¹⁸ Die Unterschiede scheinen aber seit den 1980er Jahren weniger geworden zu sein. Doch auch wenn sich rechtspopulistische Parteien voneinander unterscheiden, so haben sie doch einiges (über den kleinsten gemeinsamen Nenner des Nativismus hinaus), gemeinsam.

Die konsequente Ablehnung des Establishments ist eine zentrale Positionierung rechtspopulistischer Parteien. Dabei grenzen sie sich vom politischen Establishment und den anderen Parteien, die als korrupt dargestellt werden ab.¹⁹ Aber auch andere Eliten, die als Bedrohung für das „Volk“ gesehen werden, wie etwa kulturelle und wirtschaftliche Eliten oder etwa die Medien werden angeprangert. Letztere werden oft als Gehilfen der etablierten Parteien dargestellt, als „Lügenpresse“. Die Elite dient als Sündenbock. Sie wird der Korruption, der Machtbesessenheit, der Abgehobenheit und der fehlenden Nähe zum Volk bezichtigt. Und auf diese Weise wird sie beschuldigt, an hoher Arbeitslosigkeit, Wohnungsmangel, Immigration, allgemein an der Misere des kleinen Mannes Schuld zu tragen. Diese Konstruktion des „wir“ (also dem Volk, der rechtspopulistischen Partei und der charismatischen Führungspersönlichkeit; die „*in-group*“) gegen die „anderen“ („*out-group*“), in diesem Fall das Establishment, ist imaginär. Sie ist also erfunden und konstruiert, ebenso wie die Nation. Sie bildet aber heute vor allem angesichts rascher gesellschaftlicher Veränderungen Halt.

Konsequente
Ablehnung des
Establishments

Die Ablehnung von Zuwanderung und Immigration ist heute wohl das wichtigste Thema, das rechtspopulistische Parteien besetzen. Allen nennt Immigration sogar das „*Flaggschiff-Thema*“ für rechte Parteien in Europa.²⁰ Und auch Decker meint, dass sich die Handschrift der Rechtspopulisten in der Migrationsfrage besonders deutlich zeigt.²¹ Vor allem hier wird die Identitätspolitik, welcher sich viele dieser Parteien seit den 1980er Jahren verschrieben haben, offensichtlich.

Ablehnung von
Zuwanderung

¹⁶ Dies ist insofern auch wichtig, als dass es mehr und mehr Protestparteien gibt, bei welchen eine klare Einordnung oftmals nicht möglich ist. Durch die Annahme, dass der exklusive Nativismus der kleinste gemeinsame Nenner rechtspopulistischer Parteien ist, kann man etwa jene Parteien, welche zwar ebenso eine vertikale Dichotomie zwischen Volk und Elite anstreben, diese aber nicht auf den Nativismus gründen und somit „nur“ gegen das Establishment wettern, besser einordnen und auch der Rechtspopulismus läuft nicht Gefahr verallgemeinert zu werden.

¹⁷ vgl. Minkenberg (2000), 175.

¹⁸ Diese Definitionen scheinen zwar sinnvoll wenn die Thematik eingegrenzt und ein bestimmter Aspekt herausgearbeitet wird, für eine gehaltvolle Beschreibung des Rechtspopulismus wie er hier erfolgen soll, werden sie aber hier nicht als ausreichend erachtet.

¹⁹ vgl. Bornschie (2010), 35.

²⁰ Allen (2015), 9.

²¹ vgl. Decker (2006), 20.

Der Identitätspopulismus dieser Parteien tritt vor allem „[i]n Zeiten globaler Umbrüche [...] in den Vordergrund“ und ist „zudem geeignet [...], größere, über gruppenspezifischen oder monothematischen Protest hinausgehende Bedrohungsängste aufzugreifen.“²² Auch Heinisch²³ und Betz²⁴ vertreten die Ansicht, dass sich der gegenwärtige Populismus durch einen kulturellen Schwerpunkt auszeichnet und somit vielfach als Identitätspopulismus bezeichnet werden kann. Im Vordergrund steht also die Identität – man gehört entweder dazu, oder man ist fremd und somit nicht willkommen. Immigrationsfragen sind heute das zentrale Thema rechtspopulistischer Parteien und können folglich auch als „Sprungbrett“²⁵ dieser Parteien verstanden werden.

Rechtspopulistische Parteien weisen auf den drohenden Verlust der nationalen Kultur und Identität durch Immigration hin und wiederholen gebetsmühlenartig, dass Zuwanderung gestoppt werden muss, um den Verlust der nationalen Identität zu verhindern.²⁶ Vor allem im letzten Jahrzehnt hat sich ein konkretes Feindbild herausgebildet, nämlich der Islam. Vom Islam geht – wie von rechtspopulistischen Parteien immer wieder propagiert – eine eminente Bedrohung aus. Rechtspopulistische Parteien sehen die abendländische Kultur von einer Islamisierung im Sinne eines radikalen Fundamentalismus bedroht. „Nicht vom Islamismus ist die Rede, sondern von einem radikalen Islam. Und Fundamentalismus wird reduziert auf den Islam.“²⁷ Aber auch Immigranten aus anderen Ländern werden stigmatisiert und als Bedrohung angesehen. Durch die Betonung kultureller Differenzen soll der Eindruck erweckt werden, dass ein multikulturelles Zusammenleben zu einem Interessenkonflikt und sozialen Missständen führt. Man spricht in diesem Zusammenhang auch vom Ethnopluralismus. Dieser geht „nicht von ethnischer oder rassistischer Überlegenheit aus, sondern kämpft nur gegen die Gefahr eines Verlustes der Gruppe im Zeitalter von Nivellierung und Globalisierung.“²⁸

Feindbild
Islam

Auch Wohlfahrtschauvinismus und Sozialpopulismus²⁹ sind Teil der vertikalen Abgrenzung gegenüber Migranten. Dabei wird betont, dass das „Boot voll ist“ und dass Ausländer vorwiegend Sozialschmarotzer sind, die das soziale Sicherungssystem ausnutzen und somit für die hohen Sozialstaatsausgaben verantwortlich sind. Immigranten gehören nach rechtspopulistischer Ideologie nicht zum „fleißigen Volk“. Auch die familienpolitischen Forderungen und Anliegen rechtspopulistischer Parteien spiegeln diesen Sozialpopulismus wider. Zudem

Sozialpopu-
lismus und
Law-and-
Order

²² Priester (2012), 23.

²³ Heinisch (2004).

²⁴ Betz (2002b).

²⁵ Lochocki (2012).

²⁶ vgl. Dunn (2015), 370.

²⁷ Gärtner (2009), 135.

²⁸ von Beyme (2010), 178.

²⁹ Diese beiden Phänomene dürfen nicht mit der liberalen Wirtschaftshaltung gleichgestellt werden, welche etwa die FPÖ vor ihrem genuin rechtspopulistischen Kurs verfolgte.

wird Immigration mit Kriminalität gleichgesetzt und nach einer härteren Law-and-Order Politik gerufen.

Des Weiteren vertreten die meisten rechtspopulistischen Parteien eine ablehnende Haltung gegenüber dem europäischen Integrationsprozess. Hainsworth meint, dass die Parteien der extremen Rechten die Europäische Integration als ein bürokratisches Phänomen der Eliten ansieht, das dazu dient, Werte, wie den Nationalstaat und die nationale Identität, als auch die staatliche Souveränität zu untergraben.³⁰ Die EU wird als Sündenbock für die Probleme des Volkes herangezogen, was aktuell am Beispiel der Flüchtlingsherausforderung und der Finanz- und Wirtschaftskrise deutlich wird. Auch Hartleb meint, Rechtspopulisten „*propagieren einen massiven Einschnitt in nationale Souveränität und Identität durch Brüsseler Institutionen, denen es offensichtlich an Bürgernähe und demokratischer Qualität fehle. Missstände im derzeitigen Institutionengefüge bieten den idealen Anknüpfungspunkt.*“³¹

Ablehnung der europäischen Integration

Neben der Europäischen Integration verteufeln rechtspopulistische Parteien auch die Globalisierung. Vor allem bei den sogenannten Modernisierungsverlierern, die mit den raschen ökonomischen, kulturellen und sozialen Veränderungen nicht Schritt halten konnten, ist diese Positionierung zentral. So meint auch Mudde, dass rechtspopulistische Parteien „*in den meisten europäischen Ländern [...] beim Kampf gegen den Globalisierung ganz vorne dabei sind, da sie glauben, dass die Globalisierung zu einer Homogenisierung aller weltlichen Kulturen führt.*“³² Die genannten Positionierungen werden hier als die zentralen Themen rechtspopulistischer Parteien erachtet. Sie werden von Aichholzer et al. auch als neue politische Konfliktlinien aufgefasst, die von der FPÖ aufgegriffen und gespielt werden.³³

Globalisierungsgegner

In manchen Publikationen wird auch die Wirtschaft als zentrales Thema genannt, welchem sich rechtspopulistische Parteien zuwenden. In der Tat sind in den 1980er Jahren rechtspopulistische Parteien zu beobachten, welche sich für die freie Marktwirtschaft aussprachen und neoliberale Wirtschaftspositionen einnahmen, wie etwa die FPÖ. Diese Positionen sind aber eindeutig in den Hintergrund gerückt. Deshalb wird hier die Annahme vertreten, dass rechtspopulistische Parteien sich nur dann auf Wirtschaftspolitik beziehen, wenn sie damit eines ihrer Ausgrenzungsmuster betonen können. Das lässt sich etwa am Wohlfahrtschauvinismus ablesen, oder an der Verteufelung der Wirtschafts- und Währungspolitik der Europäischen Union. Mudde nennt das eine nativistische Wirtschaftspolitik, den die „*Wirtschaft sollte allein dem Nationalstaat dienen.*“³⁴

³⁰ vgl. Hainsworth (2008), 82.

³¹ Hartleb (2005), 21.

³² Mudde (2007), 191.

³³ Aichholzer et al. (2014), 120.

³⁴ Mudde (2007), 125.

Wichtig ist es auch zu erklären, in welcher Beziehung Rechtspopulismus und Rechtsextremismus zueinander stehen. Im Gegensatz zu früheren wissenschaftlichen Publikationen wird heute angenommen, dass die Grenzen zwischen Rechtspopulismus und -extremismus nicht klar sind, weil es nicht möglich ist, Überschneidungen und Verknüpfungen zu leugnen. Eine solche Abgrenzung würde konzeptuelle Schwächen mit sich bringen. „*Inbesondere in der ländervergleichenden Forschung setzt sich langsam eine pragmatische Sichtweise durch, die beide Kategorien nicht mehr als einander ausschließend begreift, sondern auch potentielle Schnittmengen identifiziert.*“³⁵ Rechtspopulistische Parteien weisen also unterschiedliche Grade von Extremismus auf. Rechtspopulismus ist zwar *per se* nicht antidemokratisch und verfassungsfeindlich ausgerichtet, doch kann er „mit dem Grad seiner Radikalität als Anti-System-Populismus durchaus in (Rechts-) Extremismus übergehen“, wobei das wesentliche Moment der Grad der „*exklusorischen Abgrenzung nach ‚außen‘*“³⁶ zu sein scheint.

Fließende
Grenzen
zwischen
Rechtspopu-
lismus und
Rechtsextre-
mismus

³⁵ Geden (2007), 7.

³⁶ Rensmann (2006), 70.

2. Der europäische Kontext: Normalisierung des Rechtspopulismus in Europa

2.1. Rechtspopulistische Parteien in Westeuropa: eine pathologische Normalität ?

Ein Blick auf ganz Westeuropa soll helfen herauszufinden, ob Österreich einen Fall *sui generis* darstellt.³⁷ Rechtspopulistische Parteien konnten seit den 1970er Jahren neben der grünen Parteienfamilie einen festen Platz im westeuropäischen Parteiensystem einnehmen. Sie erzielten immer mehr WählerInnenstimmen und waren auch immer öfter in den nationalen Parlamenten vertreten. Sie waren in manchen Ländern auch in nationalen Regierungen vertreten und wurden vermehrt als Verhandlungspartner akzeptiert. Und dieser Trend zeigt, wie Mudde meint, ganz klar nach oben³⁸.

Nicht nur in Belgien, Frankreich, Italien und Österreich ist der Rechtspopulismus heute ein fester Bestandteil des Parteienspektrums. Auch in den skandinavischen Ländern Dänemark, Norwegen, Schweden und Finnland sind rechtspopulistische Parteien heute Teil der politischen Normalität. Sie haben sich als politische Kräfte etabliert, „prägen den politischen Kurs ihrer Länder immer stärker.“³⁹ Rechtspopulistische Parteien sind also die bislang erfolgreichste neue Parteienfamilie, die im Nachkriegseuropa aufgekommen ist.⁴⁰ Die westeuropäischen Parteiensysteme entsprachen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts weitgehend dem Muster der Zwischenkriegszeit. Die beiden Politologen Lipset und Rokkan umschrieben das mit dem Terminus des „*eingefrorenen Parteiensystems*“ („freezing hypothesis“)⁴¹. Ab den 1970er Jahren können erhebliche Veränderungen beobachtet werden, die in manchen Ländern früher, in manchen Ländern später einsetzten. Diese neuen Parteien sind aufgrund unterschiedlicher Rahmenbedingungen entstanden. Doch die Tatsache, dass heute in fast allen westeuropäischen Ländern rechtspopulistische Parteien vertreten sind, legt nahe, dass die „*europäischen Parteiensysteme ähnlichen Entwicklungstendenzen unterliegen*.“⁴² Hier wird die These vertreten, dass der Rechtspopulismus heute keine Randerscheinung mehr darstellt oder im Untergang begriffen ist, wie es von manchen prognostiziert wurde⁴³. Er hat sich vielmehr „*von den Rändern hin zum Mainstream des politischen Lebens*“⁴⁴ entwickelt und ist Teil der „*politischen Normalität*“⁴⁵ geworden.

Erfolgreichste neue Parteienfamilie seit 1945

³⁷ Für Osteuropa wird hier kein eigener Raum geschaffen, da die rechtspopulistischen Bewegungen und Parteien dort ein eigenständiges Phänomen darstellen. (vgl. Bauer 2014, 29)

³⁸ vgl. Mudde (2013), 4.

³⁹ <https://nzz.at/s/VLWjM-k3CG/>.

⁴⁰ Mudde (2014), 217.

⁴¹ vgl. Lipset/Rokkan (1967), 50.

⁴² Geden (2007), 15.

⁴³ vgl. Taggart (2004), 270.

⁴⁴ Hainsworth (2008), 25.

⁴⁵ Minkenberg (2000), 170.

Cas Mudde spricht sogar von einer „pathologischen Normalität“ des Rechtspopulismus.⁴⁶ Minkenberg verortet die Erneuerung der radikalen Rechten in den 1970er Jahren. Dabei meint er, dass jene Parteien, die in den 1960er Jahren an die faschistische Vergangenheit anknüpften, in den 1970er Jahren ihre WählerInnen verloren und sich anstelle dieser Bewegungen neue Parteien entwickelten, oder sich Parteien neu orientierten, die diese Lücke füllten und sich als erfolgreicher herausstellten, als es bei den rassistischen bzw. faschistischen Parteien der Fall gewesen war.⁴⁷

Während die liberale Demokratie in Westeuropa also für einige Jahrzehnte eine hohe soziale und politische Stabilität erreicht hatte, begünstigten verschiedenste gesellschaftliche, politische und ökonomische Veränderungen ab den 1970er Jahren einen Umbruch der westeuropäischen Parteiensysteme. Vor allem in den 1980er Jahren konnte sich die rechtspopulistische Parteienfamilie in den nationalen Parteiensystemen in Europa festsetzen.⁴⁸ In manchen Ländern sind rechtspopulistische Parteien sehr früh entstanden, wie etwa in Dänemark. Dort wurde die Vorläuferin der *Dansk Folkeparti* (DF), Mogens Glistrups *Fremdkridtspartiet* (FRPd), als Konsequenz auf sozialstrukturelle Veränderungen und neue politische Konflikte gegründet. Sie entwickelt sich aber erst in den 1980er Jahren zu einer genuin rechtspopulistischen Partei. Ihre Hauptanliegen waren die Einwanderungs- und Asylpolitik, die Ausgestaltung des Wohlfahrtsstaates und eine Law-and-Order Politik.⁴⁹ Der norwegischen *Fremskrittspartiet* (FrP) diente das dänische Pendant als Vorbild. Sie konnte Ende der 1980er Jahre mit einer vorwiegend einwanderungskritischen, ausländerfeindlichen Kampagne mobilisieren. Die *Sverigedemokraterna* (SD) gingen 1988 aus der Schwedischen Partei hervor und sind „eine kulturalistische Partei, deren Programm auf Ethno-Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit gründet.“⁵⁰ In Finnland ging die *Perussuomalaiset*, die Partei der „Finnen“⁵¹ (PS) 1995 aus der Zentrumspartei hervor und präsentierte sich als Anti-Establishment-Partei. Auch sie kann heute nach der vorliegenden Definition als rechtspopulistische Partei bezeichnet werden kann. Die rechtspopulistischen Parteien in Finnland und Schweden konnten erst in den vergangenen Jahren mehr und mehr WählerInnen erreichen. „Inzwischen sind alle vier Parteien [Dänische Volkspartei, Fortschrittspartei, Schwedendemokraten und Die Finnen] zu signifikanten Kräften geworden und genießen eine Wählerunterstützung um die 20 Prozent.“⁵²

In manchen westeuropäischen Ländern existierten jene Parteien, die in den 1980er Jahren rechtspopulistische Themen aufgriffen, schon zuvor (wie auch die

⁴⁶ vgl. Mudde (2010).

⁴⁷ vgl. Minkenberg (2000), 177.

⁴⁸ vgl. Mudde (2014), 217.

⁴⁹ Frölich-Steffen (2006), 89.

⁵⁰ Rydgren (2006), 184.

⁵¹ Bis 2012 „Wahre Finnen“

⁵² <https://nzz.at/s/VLWjM-k3CG/>.

FPÖ in Österreich). Sie befanden sich damals aber noch in einer Phase der Marginalisierung und wandelten sich erst später in genuin rechtspopulistische Parteien um. In den Niederlanden waren rechtspopulistische Parteien lange eine Randerscheinung und konnten erst in den 2000ern Erfolge erzielen. Ein Beispiel dafür ist die *Lijst Pim Fortuyn* (LPF), die Anfang der 2000er Jahre vorwiegend mit Kritik an den korporatistischen Strukturen, der Forderung nach einer restriktiveren Einwanderungspolitik und islamophoben Tönen 17 Prozent erringen konnte. Auch die Nachfolgepartei der LPF, Geert Wilders *Partij Voor de Vrijheid* (PVV) konnte bei den Parlamentswahlen von 2010 15,45 Prozent gewinnen und wurde drittstärkste Kraft.⁵³ In der Schweiz ist der elektorale Durchbruch des Rechtspopulismus erst in den 1990er Jahren erfolgt, obwohl die *Schweizerische Volkspartei* (SVP) bereits seit Jahrzehnten Teil der Bundesregierung war. Der Aufstieg der *Front National* (FN) begann in den 1980er Jahren mit nationalistischen und fremdenfeindlichen Tönen. Die FN bildet heute ebenso eine starke politische Kraft in Frankreich. „Das Parteiprogramm ist nationalistisch, autoritär, ethnozentristisch, systemfeindlich und latent bis offen antisemitisch“, meint Bauer.⁵⁴ In Belgien war es ebenfalls Mitte der 1980er Jahre, als die rechtspopulistischen Parteien *Vlaams Belang* (VB)⁵⁵ und *Front National Belgique*⁵⁶ Wahlsiege verzeichnen konnten.

Die Gründe für das Aufkommen dieser rechtspopulistischen Parteien, die sich heute europaweit etabliert zu haben scheinen, sind vielfältig. Doch “[e]inseitige Erklärungsversuche [...], reichen nicht aus, um die Komplexität dieses Phänomens zu verstehen.“⁵⁷ In der wissenschaftlichen Literatur wird in Hinblick auf den Entstehungskontext rechtspopulistischer Parteien einerseits auf die zahlreichen sozio-ökonomischen, politischen und kulturellen Veränderungen verwiesen, die das Aufkommen neuer Parteien begünstigten. Auf der anderen Seite entstand aber auch eine neue WählerInnenschaft, die sich mit den etablierten Parteien nicht mehr identifizieren konnte und sich an den neuen Themen der rechtspopulistischen Parteien orientierten.

Fest steht, dass der Rechtspopulismus „zu einem festen Bestandteil der europäischen Politik geworden“⁵⁸ ist. Vor allem die vergangenen Jahrzehnte haben gezeigt, dass diese Parteien zwar kurzfristig entzaubert werden können, sich aber vielerorts schnell rekonstituieren. Auffällig sind in allen genannten Ländern die Zyklen des Rechtspopulismus, also die Entwicklung rechtspopulistischer Parteien zwischen Aufstieg und Niederlage. So meint auch Geden, dass es in den vergangenen Jahren zu einer „*Renaissance des Rechtspopulismus*“ kam, nachdem im Jahr 2005 von diesen Parteien in Europa kaum noch eine Gefahr auszugehen

Renaissance
des Rechtspo-
pulismus

⁵³ Sie musste aber bei den vorgezogenen Parlamentswahlen von 2012 einen Stimmenverlust hinnehmen und erreichte nur mehr 10,1 %.

⁵⁴ Bauer (2014), 75.

⁵⁵ Dieser wurde erst 2004 in *Vlaams Belang* umbenannt.

⁵⁶ Sie wurde 2012 aufgelöst.

⁵⁷ Hainsworth (2008), 129.

⁵⁸ <http://derstandard.at/2000017739560/Rechtspopulisten-in-Daenemark-Ein-fester-Teil-Europas>.

schien.⁵⁹ Gerade deshalb erscheint es interessant, einen spezifischen Fall – nämlich Österreich – herauszugreifen.

2.2. Österreich: ein Fall *sui generis* ?

Rechtspopulismus wird in Österreich in erster Linie mit der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) in Verbindung gebracht. Diese wurde oft aufgrund ihres Erbes als neofaschistisch oder neonazistisch bezeichnet. Sie entspricht aber nach der hier vorgenommenen Definition seit Ende der 1980er Jahre einer rechtspopulistischen Partei. Sie blickt auf eine lange Tradition zurück und wurde nicht neu gegründet, sondern ging 1956 als Nachfolgepartei des *Verbandes der Unabhängigen* (VdU), einem Sammelbecken für ehemalige NSDAP Mitglieder, Heimatvertriebener und Kriegsheimkehrer hervor. Das unterscheidet sie von den meisten anderen rechtspopulistischen Parteien Westeuropas.⁶⁰ Sie ist also keine neue Partei, sondern eigentlich eine „Altpartei“. Die FPÖ galt vor allem von Mitte der 1980er Jahre bis zur Nationalratswahl 1999, bei der sie 26,9 % erzielte, als die erfolgreichste rechtspopulistische Partei Westeuropas und nahm für viele eine Vorbildfunktion ein. Die Gründe für den Durchbruch der FPÖ und ihre Erfolgsgeschichte bis 1999 sind eng mit den kulturellen und politischen Rahmenbedingungen verbunden, die Österreich nach 1945 prägten, und auch mit ihrer Führungsperson Dr. Jörg Haider. Das bedeutet, dass *„der Aufstieg der FPÖ nicht losgelöst von den Strukturen des Parteienwettbewerbs in Österreich erklärt werden kann.“*⁶¹

Während es in der Zwischenkriegszeit große Differenzen zwischen den einzelnen Lagern und Parteien gegeben hatte, so orientierte man sich nach 1945 am Konsensprinzip. Denn man zielte auf eine hohe Stabilität ab. Die Lagerstrukturen glichen dabei aber immer noch jenen der Zwischenkriegszeit. Die *Österreichische Volkspartei* (ÖVP) vertrat das katholisch-konservative Lager, die *Sozialistische Partei Österreichs* (SPÖ) das sozialistische Lager und das deutschnationale Lager („Drittes Lager“) wurde zunächst vom VdU und ab 1956 von der FPÖ vertreten. Dieses war lange Zeit in sich zerstritten, da liberale und deutschnationale Haltungen aufeinandertrafen. Deshalb spricht man für diese Periode von einem „Zweieinhalb-Parteiensystem“.

Nach 1945 hatte sich eine neue politische Kultur in Österreich herausgebildet, was Beteiligungen für sprachliche, politische und religiöse Minderheiten bedeutete, und die Entscheidungen durch Konsens herbeiführen wollte. Denn man wollte radikale Auseinandersetzungen zwischen den Lagern wie in der 1. Republik vermeiden. Diese „Konkordanzdemokratie“ zeichnete sich durch Proporz und den Verbändestaat aus. Auch die „Sozialpartnerschaft“ war ein Ergebnis dieses neuen Verständnisses. Die proportionale Aufteilung meint etwa die Aufteilung

Zwei-
Parteien-
System do-
minierte vier
Jahrzehnte

⁵⁹ Geden (2009), 92.

⁶⁰ vgl. Pelinka (2002b), 281.

⁶¹ Müller (2002), 157.

öffentlicher Ämter und Posten unter den beiden größten Parteien ÖVP und SPÖ. Diese rekrutierten nicht nur politisches Personal, sondern auch jenes für Schulen, Banken, Versicherungen oder diverse staatsnahe Betriebe. Dies führte dazu, dass sich die Bindung zu einem der politischen Lager verstärkte und somit auch zu einer hohen Loyalität und Parteienbindung entlang der zentralen Konfliktlinien. Pelinka meint, dass sich die Parteienstaatlichkeit der 2. Republik durch eine hohe Konzentration des Parteiensystems, eine hohe Organisationsdichte und eine Rekrutierungsfunktion der Parteien auszeichnete, die unterschiedliche gesellschaftliche Subsysteme erfasste.⁶² Es gelang durch die Konkordanzdemokratie, *„trotz tiefer gesellschaftlicher Fragmentierung eine sozialpolitische Stabilität mit ökonomischer Prosperität aufzubauen, wobei die Lenkungsverantwortung in den Händen der politischen Eliten lag.“*⁶³

Seit den 1980er Jahren sind auch in Österreich Umbrüche zu beobachten, die nicht nur auf einen Abbau der Lagermentalität zurückzuführen sind, sondern auch andere Veränderungen (Privatisierungen⁶⁴ und allgemeine politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen, die europaweit beobachtet werden können). Müller nennt das Ende der Vollbeschäftigung, ökonomische „Adaptierungsschocks“ und die Immigration als Gründe für das Aufkommen neuer Konfliktlinien in Österreich.⁶⁵ Die Erosionsprozesse führten zu einer Auflösung der traditionellen politischen und religiösen Bindungen. Deshalb verfielen auch die Lagerstrukturen und die Nachfrage nach neuen Parteien begann anzusteigen. Es lässt sich in dieser Zeit auch eine erhöhte Politikverdrossenheit und -entfremdung feststellen. Die WählerInnen zeigten sich zunehmend unzufrieden mit den politischen Strukturen und der „ewigen Koalition“ und wandten sich mehr und mehr von den etablierten Parteien ÖVP und SPÖ ab. Diverse Skandale und Korruptionsvorwürfe beflügelten diese Ablehnung.

Frölich-Steffen fasst diese Entwicklung wie folgt zusammen: *„Die über fast vier Jahrzehnte unveränderten politischen Lager hatten sich zunehmend destabilisiert, die BürgerInnen waren von der großen Koalition ermüdet und von einer Reihe politischer Skandale entsetzt.“*⁶⁶ Gerade diese Rahmenbedingungen machten es für Jörg Haider, der 1986 Parteiohmann der FPÖ wurde, möglich, die Partei neu zu positionieren. Mit dem Antritt Haiders wird auch der Beginn der Entwicklung der FPÖ zu einer rechtspopulistischen Partei gleichgesetzt. Mit einer Anti-Establishment Politik prangerte er die Vormachtstellung der beiden Großparteien SPÖ und ÖVP an und versuchte, jene WählerInnen zu mobilisieren, die mit den gängigen Strukturen unzufrieden waren. *„Jörg Haider trat fortan als ‚rechtspopulistischer Störer eines Burgfriedens der Etablierten‘, als ‚Stachel im Fleisch der Konsensdemokratie‘ auf und veränderte damit vor allem in den 1990er Jahren*

Gesellschaftliche Veränderungen in den 1980er Jahren

Aufstieg ab 1986 unter Jörg Haider

⁶² vgl. Pelinka (2003), 623.

⁶³ Oberlechner (2005), 192.

⁶⁴ vgl. Pelinka/Rosenberger (2007), 66.

⁶⁵ vgl. Müller (2002), 162–163.

⁶⁶ Frölich-Steffen (2004), 282.

*das politische Klima nachhaltig.*⁶⁷ Haider gelang es, die FPÖ als Bewegung darzustellen, die sich vom gängigen Politikbetrieb distanzierte. Er betonte immer wieder, dass die Politik die Verbindung zum Volk verloren hätte und die politische Elite nur auf ihren eigenen Machterhalt abziele. Frölich-Steffen schreibt rechtspopulistischen Parteien gerade in Konkordanzdemokratien großes Potential zu, da sie ihrer Meinung nach als Herausforderer von rechts in diesen Systemen besonders erfolgreich sein können.⁶⁸ Während aber auch in den Niederlanden oder der Schweiz konkordanzdemokratische Elemente zu verorten sind, so meint Tálos, dass Österreich das korporatistische System mit der höchsten Zentralisierung von allen entwickelten Demokratien hätte.⁶⁹ Der Durchbruch der FPÖ ist also in dieser Phase vor allem auf die Anti-Establishment-Positionierung zurückzuführen. Auch Kitschelt hat die FPÖ in dieser Phase als Beispiel für eine populistische Antisystempartei bezeichnet, die eine starke Oppositionspolitik gegen die der Großparteien betreibt und die fehlende Kontrolle dieses Duos anprangert.⁷⁰

Zunächst
Anti-
Establish-
ment-Partei

Die Wählerschaft war in dieser Phase noch keineswegs ausschließlich in der Arbeiterklasse zu verorten, sondern vorwiegend in einer bürgerlichen Mittelschicht. Das ist vielfach auf die liberalen Positionierungen der Partei zurückzuführen. Vor allem der ökonomische Liberalismus war es, der Ende der 1980er Jahre von vielen WählerInnen als Grund angegeben wurde, die FPÖ zu wählen. Das Einwanderungsthema stand zu dieser Zeit noch nicht im Vordergrund.⁷¹ Jörg Haider schärfte das Profil der FPÖ aber weiter und begann ab 1989, auch die Immigrationspolitik für sich zu entdecken und rief nach einer neuen Gangart. *„Zu bewährten systemkritischen Themen wie Opposition zum Großparteienproporz und zur Sozialpartnerschaft kamen vor allem die Ausländerpolitik, Kriminalität und EU-Kritik hinzu.“*⁷² Das Zuwanderungsthema war in dieser Zeit zu einem der, wenn nicht dem zentralen Thema der FPÖ geworden. Dabei betont die Partei bis heute, dass Multikulturalismus deshalb nicht erwünscht ist, weil es dadurch zu Konflikten zwischen den unterschiedlichen Kulturen kommt. „Fremde Kulturen“ würden eine Bedrohung für die österreichische Nation und das österreichische Volk darstellen und auch die steigende Kriminalitätsrate sei auf ausländische Mitbürger zurückzuführen („Wien darf nicht Chicago werden.“) Zeitgleich sind die Abwendung der Partei vom Deutschnationalismus und die Hinwendung zum Österreichpatriotismus festzustellen.⁷³ Damit wollte man sich vom nationalsozialistischen Gedankengut entfernen und Verbindungen zu diesen Kreisen kappen und die Konstruktion des österreichischen Volkes, einer genuin österreichischen Identität verstärken. Heinisch merkt an, dass es sich bei dieser neuen Identitätspolitik *„somit nicht einfach um eine Neubelebung althergebrachter Nationalismen“* han-

⁶⁷ Hartleb (2011), 266.

⁶⁸ vgl. Frölich-Steffen (2006), 144.

⁶⁹ vgl. Tálos (1985) in Heinisch (2008a), 69.

⁷⁰ vgl. Kitschelt (1995), 160.

⁷¹ vgl. Kitschelt/McGann (2005), 151.

⁷² Luther (2006b), 20.

⁷³ vgl. Heinisch (2004), 251.

delt, „sondern um die Erhaltung von Eigenheiten und Ansprüchen, die vermeintlich identitätsstiftend sind.“⁷⁴ Die österreichische Identitätsbildung fußt dabei auf schwierigen Rahmenbedingungen. Erst im Laufe der Zweiten Republik bildete sich ein Nationalbewusstsein heraus. Das ist vor allem auch auf die politischen und wirtschaftlichen Erfolge nach 1945 zurückzuführen. Während aber seit den 1990er Jahren diverse Umbrüche an der österreichischen Identität rüttelten (wie etwa der EU-Beitritt), so gelang der FPÖ der Schwenk in Richtung der Betonung nationaler Werte. Das vermittelte „den WählerInnen ein Gefühl von Sicherheit in Zeiten internationaler Veränderungen.“⁷⁵ Während Hartleb meint, dass sich die FPÖ durch einen identitären Rechtspopulismus von anderen rechtspopulistischen Parteien Westeuropas unterscheidet⁷⁶, wird hier argumentiert, dass dieser auch in anderen Ländern beobachtet werden kann. Deshalb erscheint eine Einordnung Österreichs als Sonderfall aufgrund dieses Kriteriums übertrieben. Während die FPÖ also von Jörg Haider zu anfangs als Anti-Establishment Partei positioniert wurde und mit diesem Programm erhebliche Zuwächse verzeichnen konnte, ist sie seit Ende der 1980er Jahre als rechtspopulistische Partei *par excellence* anzusehen. Denn sie erweiterte ihre Themen um die Anti-Immigrationspolitik (und damit auch einer wohlfahrtschauvinistischen Haltung und Law-and-Order Politik) und Antieuropäisierungs- und Antiglobalisierungseinstellungen.

Abkehr vom Nationalsozialismus, neue Identitätspolitik durch Ablehnung von-Immigration

Eine weitere auffällige Gemeinsamkeit der FPÖ mit anderen westeuropäischen rechtspopulistischen Parteien ist die Existenz einer charismatischen Führungsfigur. Eine solche kann zentral für den elektoralen Durchbruch sein; so auch in Österreich.⁷⁷ Neben Jörg Haider sind hier etwa Jean-Marie Le Pen und seine Tochter Marine Le Pen, oder aber auch Pim Fortuyn in den Niederlanden zu nennen.

Die FPÖ ist zwar eine Traditionspartei, was sie von anderen rechtspopulistischen Parteien in Westeuropa zum Teil unterscheidet, hat sich aber seit 1986 zur Antisystempartei⁷⁸ und ab Ende der 1980er Jahre zu einer echten rechtspopulistischen Partei transformiert. Wie auch in anderen westeuropäischen Ländern liegen die Gründe für das Aufkommen der FPÖ in gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen. Man kann der FPÖ lediglich insofern einen gewissen Sonderstatus einräumen, als das ausgeprägte Konkordanzsystem in Österreich das Aufkommen einer rechtspopulistischen Partei geradezu herausforderte.

⁷⁴ vgl. Heinisch (2004), 256.

⁷⁵ Frölich-Steffen (2004), 287.

⁷⁶ vgl. Hartleb (2011), 281.

⁷⁷ vgl. Decker (2006), 17.

⁷⁸ Kitschelt (1995).

3. Die Konjunkturen des Rechtspopulismus in Österreich⁷⁹

Das komplexe Wechselspiel zwischen den Faktoren auf der Nachfrageseite und jenen auf der Angebotsseite – in Anlehnung an Cas Mudde's Operationalisierung⁸⁰ – können Erfolg und Niederlage einer rechtspopulistischen Partei erklären.

Nachfrageseitige Erklärungsansätze auf der Makro-Ebene widmen sich der Frage, was denn den Nährboden, auf dem rechtspopulistische Parteien gedeihen können, bildet. Die Mikroebene beschäftigt sich mit der Frage, weshalb rechtspopulistische Parteien gewählt werden, was die Motive der Wählerschaft sind. Es geht dabei beispielsweise darum, ob diese Parteien aufgrund ihres Programms gewählt werden (weil sie eine glaubwürdige und seriöse Alternative zu den etablierten Parteien darstellen), oder aus reinem Protest.

Neben der Nachfrageseite wird auch die sogenannte Angebotsseite in die Analyse miteinbezogen. Diese umfasst zum einen die Partei selbst (Ideologie, Organisation und Leadership), zum anderen aber auch äußere (externe) Faktoren – also institutionelle und politische Gelegenheitsstrukturen, die sich aus dem politischen System, aber auch dem Verhalten der anderen politischen Parteien ergeben.

3.1. Ursprung und Anfänge der FPÖ (Phase I – 1949 bis 1986)

Die FPÖ ging im Jahr 1956 aus dem *Verband der Unabhängigen* hervor, der 1949 gegründet worden war. Er diente vor allem als Sammelbecken für ehemalige NSDAP-Mitglieder, Rechtsradikale und Deutschnationalisten⁸¹, wurde aber auch von zurückgekehrten Kriegsveteranen unterstützt und wollte einen Gegenpol zu ÖVP und SPÖ bilden.⁸² Die Partei konnte bei den Nationalratswahlen von 1949 11,7 % der Stimmen für sich gewinnen. Interne Differenzen und das Abwerben der Wählerklientel von SPÖ und ÖVP führten aber zu einer Auflösung des VdU. Die *Freiheitliche Partei Österreichs* ist als Erbe des *Verbandes der Unabhängigen* zu verstehen. Sie steht also in der Tradition des deutschnationalen Lagers und stellte sich noch stärker als eine Partei der „Ehemaligen“ dar.⁸³ Bis in die 1980er Jahre kann noch nicht von einer „echten“ rechtspopulistischen Partei gesprochen

⁷⁹ Die Analyse der Konjunkturen des Rechtspopulismus wird sich in erster Linie auf die FPÖ beziehen, da diese, obwohl sie eine Altpartei ist, die zentrale rechtspopulistische Partei in Österreich darstellt, die für viele andere eine Vorbildfunktion einnahm. Auf andere rechtspopulistische Phänomene in Österreich, wie etwa das BZÖ oder zu einem gewissen Grad auch das Team Stronach soll dann eingegangen werden, wenn deren Aufkommen und Auftreten zentral für den Erfolg bzw. die Stagnationsphasen der FPÖ waren und diese beeinflussten.

⁸⁰ vgl. Mudde (2007).

⁸¹ vgl. Klein/Arzheimer (1999), 7.

⁸² vgl. Ignazi (2003), 110.

⁸³ vgl. Frölich-Steffen (2004), 285.

werden. Die FPÖ war eine deutschnationale Partei, die organisatorisch schwach und intern fragmentiert war. Sie mobilisierte zu dieser Zeit bei jenen, welche pandeutschen Gefühlen positiv gegenüberstanden und eine eigene österreichische Identität und Nation ablehnten. Nicht nur anhand eines Blickes auf die Mitglieder bzw. ersten Vorsitzenden Anton Reinthaller und Friedrich Peter (ehemalige SS-Offiziere) werden die Verbindungen zur nationalsozialistischen Vergangenheit offensichtlich. Auch in ideologischer Hinsicht vermochte sich die FPÖ in dieser Anfangsphase nicht von den Geistern der Vergangenheit zu lösen. In den ersten Jahrzehnten nach der Gründung der FPÖ kann man am ehesten von einer Phase der Marginalisierung⁸⁴ sprechen. Dafür gibt es unterschiedliche Erklärungsansätze. Das deutschnationale Lager war im Gegensatz zu ÖVP und SPÖ, die sehr stark organisiert waren, eine „Außenseiterpartei“⁸⁵. Für eine solche gab es in einer Zeit der Hyperstabilität und der politischen Kultur der Konkordanzdemokratie in den Nachkriegsjahrzehnten kaum Nachfrage: *„Politische Entscheidungen wurden ausschließlich und in grundsätzlicher Übereinstimmung von den politischen Eliten der traditionellen Lager kontrolliert – ihren Parteien und der mit diesen verflochtenen Wirtschaftsverbänden. Das bedeutete ein grundsätzliches Defizit an Opposition und den Ausschluss aller dritten Kräfte vom eigentlichen Entscheidungsprozess.“*⁸⁶

FPÖ bis in die 1980er Jahre eine Partei der „Ehemaligen“

Die Muster der Konkordanzdemokratie waren in dieser Zeit noch sehr stark ausgeprägt und ließen kaum Raum für die Etablierung neuer politischer Kräfte. Zudem waren die Lagerbindungen äußerst stark, da es ÖVP und SPÖ gelang, in alle gesellschaftlichen Bereiche vorzudringen. Pelinka nennt in Hinblick auf die Parteienstaatlichkeit nicht nur die Rekrutierungsfunktion der beiden größten Parteien, sondern auch die hohe Konzentration und Organisationsdichte. So wählten etwa 1975 *„93 von 100 Wähler(innen) bei einer Wahlbeteiligung von signifikant über 90 % eine der beiden Großparteien.“*⁸⁷ Außerdem verhinderte der Ausschluss der NSDAP-Mitglieder aus dem politischen Prozess (1945–1949), dass der VdU bzw. die FPÖ von Anfang an einen Gegenpol zu SPÖ und ÖVP bilden konnte und somit, wie Pelinka meint, *„auf die Strukturen der politischen Kultur der Nachkriegszeit“* kaum Einfluss ausüben konnten.⁸⁸ Die große Koalition galt als institutionalisiert und *„klientelistische Netzwerke [...] brachten eine exorbitant hohe Zahl von Parteimitgliedern und ein hohes Niveau von Parteienidentifikation hervor.“*⁸⁹

Trotz der hohen Stabilität der Konkordanzdemokratie spricht Luther ab Mitte der 1960er Jahre von einer Phase der Normalisierung der FPÖ.⁹⁰ Stabile Wahlergeb-

⁸⁴ vgl. Hainsworth (2008), 29.

⁸⁵ Frölich-Steffen (2006), 149.

⁸⁶ Pelinka (2002a), 4.

⁸⁷ Pelinka (2003), 623.

⁸⁸ Pelinka (2005), 91.

⁸⁹ Wineroither/Kitschelt (2012), 195.

⁹⁰ vgl. Luther (2000), 428; (2005), 3.

nisse und die Rekrutierung neuer Mitglieder führten dazu, dass die FPÖ 1970/71 als unterstützende Kraft einer SPÖ-Minderheitsregierung angerufen wurde. Das zeigt auch, dass das Verhalten der anderen Parteien sich wandelte und die Partei sich aus der Isolationsposition bewegen konnte. Trotz ihrer Funktion als potentielle Scharnierpartei war die FPÖ zuvor jahrelang von den etablierten Parteien ausgegrenzt worden und blieb lange eine Pariapartei. Dies ist auf ihre ideologische Ausrichtung zurückzuführen und die Verbindungen zur nationalsozialistischen Vergangenheit. Zudem war die FPÖ zu dieser Zeit intern noch sehr zersplittert und es standen sich ein radikal-nationalistischer und ein wirtschaftsliberaler Flügel gegenüber.⁹¹ In ideologischer Hinsicht schien für die FPÖ offenkundig geworden zu sein, dass man sich von der extremen Rechten distanzieren musste, um von den anderen Parteien langfristig akzeptiert zu werden und auch in Hinblick auf die WählerInnenmaximierung erfolgreicher zu sein.⁹² In der späten Ära Friedrich Peters ab 1970 wurde versucht, die Traditionslinie zum Nationalsozialismus aufzuweichen.⁹³

Interne Zwiste
zwischen
Nationalen
und Liberalen

Die späten 1970er Jahre bis 1986 sieht Luther als Beginn der Phase der Akzeptanz der FPÖ. Zu dieser Zeit setzte sich dieser liberale Flügel der Partei unter dem neuen Vorsitzenden Norbert Steger mehr und mehr durch.⁹⁴ Auffällig ist, dass zu dieser Zeit erstmals versucht wurde, den deutschnationalen Flügel zurückzudrängen.⁹⁵ Dennoch konstatieren viele Kritiker, dass die Liberalisierung der Partei eher eine „*machtpolitisch motivierte Tarnung gewesen*“⁹⁶ ist. Die organisatorischen Defizite und internen Differenzen bestanden weiter und wurden durch die Einbindung der FPÖ in die Regierung im Jahr 1983 sogar noch verstärkt.⁹⁷ Die FPÖ konnte sich gegenüber der SPÖ kaum durchsetzen und Zustände, die in der Opposition vehement kritisiert wurden, mussten geduldet werden.⁹⁸ Auch die Tatsache, dass unter Steger im Jahr 1983 das schlechteste Wahlergebnis seit Gründung der FPÖ eingefahren wurde, machte dem Vorsitzenden innerparteilich erheblich zu schaffen und resultierte in einer innerparteilichen Rebellion. Vor allem die deutschnationalen Gruppierungen lehnten die Neuausrichtung der Partei ab, was 1986 in der Kampf abstimmung in Innsbruck zu einer Rückkehr dieser Kräfte unter dem neuen Parteiobmann Jörg Haider führte und sehr bald auch zu Neuwahlen in Österreich.

Akzeptanz
unter dem
Liberalen
Norbert
Steger

In dieser Phase I (1949 bis 1986) war also kaum Nährboden für die Etablierung der FPÖ vorhanden. Das ist nicht nur auf die Hyperstabilität des österreichischen Parteiensystems, sondern auch die Lagerbindung und die hohe Organisations-

⁹¹ vgl. Bauer (2014), 62.

⁹² vgl. Pelinka (2005), 97.

⁹³ vgl. Hartleb (2011), 268.

⁹⁴ vgl. Luther (2011), 455.

⁹⁵ vgl. Frölich-Steffen (2004), 285.

⁹⁶ Luther (2006a), 380.

⁹⁷ vgl. Luther (2011), 429.

⁹⁸ vgl. Decker (2004), 70.

dichte der beiden Großparteien zurückzuführen. Zudem können auf der internen Angebotsseite erhebliche Defizite ausgemacht werden, sowohl in Hinblick auf den schwachen Organisationsgrad, als auch die interne Fragmentierung und immer wechselnde Führungspersönlichkeiten. Letzteren gelang es nicht, die Partei auf eine einheitliche Strategie auszurichten. Auch in ideologischer Hinsicht sind Defizite zu verorten. Die FPÖ konnte die Verbindungen zur nationalsozialistischen Vergangenheit lange Zeit nicht in den Hintergrund drängen. Zudem musste ein wirtschaftsliberaler Flügel gegen einen deutschnationalen Flügel ankämpfen. Hinzu kam, dass die FPÖ in ihrer Anfangszeit von den anderen politischen Parteien ignoriert wurde und isoliert war, die externen Gelegenheitsstrukturen einen Aufstieg der Partei zu dieser Zeit also ebenfalls (noch) nicht zuließen.

3.2. Aufstieg und Erfolg der FPÖ unter Haider (Phase II – 1986 bis 1999)

Die Übernahme der FPÖ durch Jörg Haider 1986 markiert den Beginn der Transformation der Partei zur erfolgreichsten rechtspopulistischen Partei Westeuropas. Während sie unter Norbert Steger im Jahr 1983 das schlechteste Wahlergebnis von knapp 5 % eingefahren hatte, gelang Haider schon 1986 bei den Nationalratswahlen im Herbst eine Verdoppelung der Stimmen. In dieser ersten „*Rebellionsphase*“⁹⁹ wurde der Fokus vor allem auf den Protest gegen die große Koalition und die Ablehnung der Konkordanzdemokratie und des Proporzsystems gelegt. Williams meint, dass die WählerInnen die FPÖ nicht als dritte Option neben den Großparteien verstanden, sondern als zweite Option. Denn die Großparteien repräsentierten die Regierung und die WählerInnen hatten den Eindruck, dass die ideologischen Positionen dieser Parteien mehr und mehr verwässerten.¹⁰⁰ Haider gelang es, sich durch eine populistische Strategie volksnahe zu geben und sich selbst und die FPÖ abseits der korrupten „Altparteien“, wie er SPÖ und ÖVP nannte, zu positionieren. Dies ist insofern interessant, als die FPÖ selbst eine traditionsreiche Partei ist und nicht erst von Haider gegründet wurde. Dennoch konzentrierte er sich darauf, das korrupte System anzuprangern und kritisierte die Arbeitslosigkeit, die Verschwendung von Steuergeld, Korruption und politische Patronage.¹⁰¹ Mit dieser neuen Anti-Establishment-Strategie traf Haider den Geist der Zeit. Denn aufgrund der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformationen seit den 1980er Jahren schien die Phase der Hyperstabilität des österreichischen Modells nach und nach zu einem Ende zu kommen. Die große Koalition und die Konkordanzdemokratie waren aufgrund diverser politischer Skandale und Korruptionsvorwürfe in Verruf geraten.

Zunächst
Anti-
Establish-
ment-Strategie

⁹⁹ Heinisch (2008), 34.

¹⁰⁰ vgl. Williams (2013), 73.

¹⁰¹ vgl. Riedlsperger (1998), 29.

In den ersten Jahren unter dem neuen Parteiobmann stand also vor allem die Systemkritik im Vordergrund, während man sich gegenüber dem europäischen Einigungsprozess noch positiv äußerte und auch Fragen der Immigration (noch) kaum thematisiert wurden. „*Trotz einer bereits vorhandenen Opposition gegenüber Zuwanderung und ethnischen Minderheiten sowie trotz der historischen Affinität mit deutschnationalem Gedankengut, dominierte bei den Freiheitlichen somit zunächst die Systemkritik.*“¹⁰² Haider versuchte sich als Mann des Volkes und die FPÖ als neue Bewegung darzustellen, die gegen die Elite antritt. Diese Strategie ging mit einer Erfolgsserie bei den darauffolgenden Wahlen einher. Zwischen 1987 und 1989 gewann die FPÖ bei sämtlichen Landtagswahlen hinzu. In Kärnten, das sich zur regionalen Hochburg für Jörg Haider entwickelte, wurde die Partei 1989 bereits zweitstärkste Kraft und Haider zum Landeshauptmann gewählt. Doch nicht nur die Unzufriedenheit mit dem starren österreichischen System bot einen Nährboden für den Rechtspopulismus.

Gesellschaftliche Individualisierungsprozesse und ein Übergang zu neuen, sogenannten postmaterialistischen Wertorientierungen verlangten nach neuen Ansätzen und Lösungen. Antworten darauf konnten die etablierten Parteien nicht geben. Und gerade auch deshalb, weil die FPÖ zuvor vom politischen Wettbewerb nahezu ausgeschlossen war, gelang es ihr nun, aus der „*Not des Ausschlusses eine Tugend zu machen*“¹⁰³ und sich als Alternative zu positionieren. Die Auflösung der Lagermentalitäten, veränderte WählerInnenwünsche und eine Entfremdung von den etablierten Parteien begünstigen den Aufstieg der FPÖ noch zusätzlich. Die Abschwächung der Wählerloyalitäten lässt sich in Österreich vor allem in den 1970er und 1980er Jahren beobachten, als die traditionellen Parteibindungen zunehmend verfielen. Privilegien, Patronage und politische Skandale wurden nun immer mehr auch in den Medien thematisiert.¹⁰⁴ Der Zerfallsprozess betraf vor allem die Traditionsparteien, mit denen sich in den späten 1960er Jahren immerhin noch drei Viertel der Wahlberechtigten identifiziert hatten.¹⁰⁵

Alles in allem scheinen es in Österreich vor allem systemkontextabhängige Faktoren gewesen zu sein, die den Aufstieg der FPÖ in dieser Phase geebnet haben. Auch Betz meint, dass es vor allem diese Negativerfahrungen mit der Konkordanzdemokratie waren, welche den Erfolg der FPÖ bedingten.¹⁰⁶ Das bestätigt die Annahme, dass die Gründe für den elektoralen Durchbruch bzw. den Aufstieg rechtspopulistischer Parteien je nach Land teilweise unterschiedlich sind. Sie sind nicht (nur) auf makrostrukturelle Transformationen wie etwa Postindustrialisierung oder Globalisierung zurückzuführen.

In dieser Phase von 1986 bis 1990 unterscheidet sich nicht nur das programmatische Angebot der FPÖ von jenem, das sie in den Jahren danach verfolgte, son-

¹⁰² Heinisch (2012), 372.

¹⁰³ Pelinka (2002a), 4.

¹⁰⁴ vgl. Karlsrufer (2012), 39.

¹⁰⁵ vgl. Plasser/Ullrich (2010), 172.

¹⁰⁶ vgl. Betz (2002a), 203.

dern auch die Wählerschaft weist andere Merkmale auf als Ende der 1990er Jahre. Sie speist sich vorwiegend aus ehemaligen ÖVP-WählerInnen und dem was Heinisch als „*Antisystem-Protest der Mittelklasse*“¹⁰⁷ bezeichnet. Klein und Arzheimer meinen, in Haiders Anfangszeit „*gelang es der FPÖ über ihre Kernklientel der ‚New Radical Right‘ hinaus, Teile der leistungsorientierten, hochgebildeten neuen Mittelschichten anzuziehen, die insbesondere an der neoliberalen Programmatik der FPÖ und deren Kampf gegen das österreichische Patronagesystem Gefallen fanden.*“¹⁰⁸

Mit Beginn der 1990er Jahre wurde die Agenda der FPÖ um weitere zentrale exklusive Muster in Hinblick auf die Immigrationspolitik, bzw. die Einwanderung im Allgemeinen erweitert. Die neoliberale Agenda rückte dabei in den Hintergrund. Hierbei kam der Partei zugute, dass ihre Organisation sehr flexibel war. Mit einer „sozialpopulistischen“¹⁰⁹ Wende versuchte Haider die FPÖ und deren Angebot an die neuen nachfrageseitigen Entwicklungen, wie den Fall des Eisernen Vorhangs und damit verbundene neue Ängste, aber auch Globalisierung und Europäisierung anzupassen. Xenophobische Einstellungen waren in der österreichischen Bevölkerung sehr ausgeprägt. So meint auch Ignazi, dass das „*Level der Xenophobie im Jahr 1990 in Österreich europaweit am höchsten war: 77 Prozent der Österreicher stimmten mit der Aussage überein, dass ‚Einheimische zuerst Jobs erhalten sollten.*“¹¹⁰ Die Debatte um kriminelle Ausländer und Sozialschmarotzer, wie von der FPÖ vermittelt, mündete im Jahr 1993 in das Volksbegehren „Österreich zuerst“. Daraufhin spaltete sich der liberale Flügel der Partei unter der Führung von Heide Schmidt ab und das „Liberale Forum“ wurde gegründet. Diese Spaltung war für die FPÖ jedoch keineswegs schädlich, wie die Wahlergebnisse der Landtagswahlen 1993 und 1994 zeigten. Bei der Nationalratswahl 1994 erhöhte sich der Stimmenanteil der FPÖ sogar auf 22,5 %.¹¹¹ Während sich die FPÖ also von 1986 bis 1990 vorrangig als Protestpartei gab und gegen das Establishment auftrat (Anti-Establishment) versucht sie seit den 1990er Jahren vor allem durch ausländerfeindliche und „inländerfreundliche“ Töne zu punkten, erweitert um eine Anti-Europäisierungseinstellung, durch die die nationale Identität zusätzlich geschützt werden soll. „*Bei der Nationalratswahl von 1995 und 1999 in Österreich gab die Hälfte der FPÖ-Wähler die Anti-Immigrationspolitik der Partei als Grund für ihre Wahl an.*“¹¹² Diese Neuausrichtung bzw. diese Erweiterung des exklusiven Nativismus steht in engem Zusammenhang mit der Transformation der FPÖ weg vom Deutschnationalismus hin zu einem ausgeprägten Österreichpatriotismus.

In den 1990er Jahren Erweiterung um Anti-Immigrationspolitik

1993 Abspaltung der Liberalen

¹⁰⁷ Heinisch (2008a), 95.

¹⁰⁸ Klein/Arzheimer (1999), 18.

¹⁰⁹ Heinisch (2008b), 47.

¹¹⁰ Ignazi (2003), 118.

¹¹¹ vgl. Decker (2004), 72.

¹¹² Betz (2002a), 206.

Die FPÖ griff also mit einer veränderten Identitätspolitik die Ängste und Verunsicherungen der Bevölkerung auf. Auch Frölich–Steffen schreibt dieser Wende einen großen Stellenwert zu. Sie meint, dass die Transformation der FPÖ seit den späten 1980er Jahren zeigt, „dass rechtspopulistische Parteien vor allem dort erfolgreich sind, wo es ihnen gelingt, latente Globalisierungsängste zu kanalisieren und diese mit der Frage der nationalen Identität und Souveränität zu verknüpfen.“¹¹³ Mit dieser Erweiterung der freiheitlichen Agenda wandelte sich auch die Wählerschaft der FPÖ mehr und mehr und die Partei erreichte vor allem WählerInnen aus der Arbeiterklasse.¹¹⁴ So konnte die FPÖ in den 1990er Jahren vor allem jene WählerInnen anziehen, die zuvor die SPÖ unterstützt hatten, und sie wurde bei der Nationalratswahl von 1999 zur der Arbeiterpartei schlechthin. Der Anteil der WählerInnen aus der Arbeiterschicht hatte sich von 4% im Jahr 1979 auf 47 % im Jahr 1999 erhöht.¹¹⁵

Erweiterung der WählerInnen in Richtung Arbeiter

In einer 5–Länder–Analyse fragt Oesch nach den Motiven der Arbeiterschaft für die Wahl rechtspopulistischer Parteien. Für Österreich ist das zentrale Motiv der „kulturelle Protektionismus“, während ökonomische Determinanten eher zweitrangig sind.¹¹⁶ Diese Beobachtung deckt sich mit den Thesen von Ignazi und Bornschie: Der elektorale Durchbruch rechtspopulistischer Parteien ist vor allem auf das Hervortreten dieser neuen nicht–materiellen Konfliktlinie zurückzuführen.¹¹⁷ Es gelang der FPÖ in den 1990er Jahren demnach mithilfe einer Erweiterung der Abgrenzungsmuster des exklusiven Nativismus und der Betonung des Österreichpatriotismus, neue WählerInnen zu gewinnen und die Unterstützung für die Partei deutlich zu erhöhen. Laut Bornschie spielt hierbei die Konstruktion einer gemeinsamen, kollektiven Identität eine wesentliche Rolle, um WählerInnen langfristig an sich zu binden.¹¹⁸ Haider gelang es, eben diese Identitätskonstruktion aufrechtzuerhalten und somit die Bindung der WählerInnen an die Partei zu verstärken. Die FPÖ gab sich im Sinne der populistischen Basiserzählung und der „wir“ gegen „sie“ – Abgrenzungen als volksnahe und gab vor, die österreichische Identität gegen etwaige Einflüsse von außen schützen zu wollen.¹¹⁹ Die Erfolgsserie der FPÖ führte bei der Nationalratswahl von 1999 dazu, dass sie den zweiten Platz erreichte und sich somit europaweit zur stärksten rechtspopulistischen Kraft entwickelte.

1999 europaweit stärkste rechtspopulistische Kraft

Den Aufstieg der FPÖ nach 1986 aber nur mithilfe nachfrageseitiger Faktoren und dem ideologischen Angebot der Partei zu erklären, würde zu kurz greifen. So sind auch die Determinanten der internen und externen Angebotsseite zentral für die Erfolgsgeschichte der FPÖ zwischen 1986 und 1999. Die FPÖ war in den

¹¹³ Frölich–Steffen (2004), 292.

¹¹⁴ vgl. Kitschelt (1995), 19.

¹¹⁵ vgl. Ignazi (2003), 122.

¹¹⁶ vgl. Oesch (2008), 370.

¹¹⁷ vgl. Ignazi (2002); Bornschie (2010).

¹¹⁸ vgl. Bornschie (2010), 57.

¹¹⁹ vgl. Murphy (2004), 305.

Jahren zuvor mit internen Fragmentierungen und ideologischen Grabenkämpfen konfrontiert gewesen. Doch begann mit der Übernahme der FPÖ durch Jörg Haider eine Phase der Stabilität. Diese ist aber auch darauf zurückzuführen, dass er die FPÖ zu einer „*Führerpartei*“¹²⁰ umbaute und sich kritischer Stimmen entledigte. Die Parteiorganisation wurde auf den Parteiobmann zugeschnitten und zentralisiert. Es wurden jene Kräfte ausgeschlossen, die für die Partei zu internen Problemen führen konnten, bzw. Haider entgegenstanden. Zudem professionalisierte sich die Partei und die Mitgliederzahl stieg an. Dies muss aber insofern relativiert werden, als auch unter Haider interne Streitigkeiten weiter fortbestanden.¹²¹ Nicht nur in Hinblick auf die interne *Leadership* erwies sich Jörg Haider als äußerst geschickt, sondern auch nach außen hin. Er galt aufgrund seines Charismas, seiner rhetorischen Fähigkeiten und seiner Anpassungsfähigkeit als einer der erfolgreichsten Parteiführer und nahm für viele andere rechtspopulistische Parteien eine Vorbildfunktion ein. Die Annahme, dass der Aufstieg der FPÖ eng mit der Führungspersönlichkeit des Jörg Haider verbunden ist, wird auch von Bornschier geteilt, der ergänzend meint, dass die „*pluralistische Organisation durch einen hierarchischeren Aufbau ergänzt wurde*.“¹²² Haider gelang es die politische Kultur in Österreich durch Tabubrüche und die Angriffe auf das politische System und die Parteien nachhaltig zu beeinflussen und zu transformieren. Seine populistische Agitation und rhetorischen Simplifizierungen ergänzten die rechtspopulistische Agenda und waren erheblich am Aufstieg der FPÖ beteiligt. Die zahlreichen Tabubrüche verstärkten das Image der FPÖ als Protestbewegung.¹²³ Die geringe Organisationsdichte, durch welche sich die FPÖ auszeichnete, begünstigte zudem die „*populistische Beweglichkeit*“¹²⁴ der Partei, was ihr in Hinblick auf diverse programmatische Neuorientierungen bzw. Transformationen zugute kam. Während interne Konflikte und Führungsprobleme der FPÖ seit ihrer Gründung Probleme bereitet hatten, gelang es Haider nach 1986, diese innerparteilichen Differenzen zurückzudrängen, was aber auch auf die erfolgreichen Wahlergebnisse der Partei ab dieser Zeit zurückzuführen ist.

Aufstieg eng
mit der Person
Jörg Haider
verbunden

Auch die externen Gelegenheitsstrukturen auf der Angebotsseite müssen in Hinblick auf den Aufstieg der FPÖ berücksichtigt werden. Auffallend ist aber in Hinblick auf die Dezentralisierung, dass sich das Bundesland Kärnten mit der Landtagswahl von 1989 zur freiheitlichen Hochburg entwickelte. Ein kausaler Zusammenhang zwischen den darauffolgenden Stimmenzuwächsen auf Bundesebene kann daraus nicht gefolgert werden. Zudem scheint auch das Wahlsystem kaum Aufschluss über die Gründe für den elektoralen Durchbruch der FPÖ zu geben. Vielmehr ist das Verhalten der etablierten Parteien SPÖ und ÖVP gegenüber der FPÖ auf der externen Angebotsseite als weiterer Faktor für den Erfolg der FPÖ

¹²⁰ Scharenberg (2005).

¹²¹ vgl. Luther (2000), 429.

¹²² Bornschier (2010), 36.

¹²³ vgl. Heinisch (2008b), 46.

¹²⁴ Pelinka (2005), 91.

anzusehen. Den etablierten Parteien gelang es nicht, passende Antworten zu geben bzw. Lösungen anzubieten – sie vernachlässigten die veränderten Rahmenbedingungen, die sich aus den ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Transformationen ergeben hatten und boten somit Raum für die glaubwürdige Positionierung neuer Parteien.

3.3. Regierungsbeteiligung und Stagnation (Phase III – 2000 bis 2005)

Die Stagnationsphase der FPÖ, die sich mit dem Wahlergebnis von 1999 (26,91 %) zum „Vorzeigekind“¹²⁵ der rechtspopulistischen Parteienfamilie entwickelt hat, fällt in die Zeit der Beteiligung an der österreichischen Bundesregierung ab dem Februar 2000. Diese „Selbsterstörung“¹²⁶ ist insofern interessant, als sie auf ein Jahrzehnt des Aufstiegs folgte. Ausschlaggebend ist für diese Phase vor allem die interne Angebotsseite.¹²⁷ Organisation und Struktur der Partei als Bewegung, die sich an der charismatischen Führungsfigur des Jörg Haider orientierte, machten es für die Partei schwierig, in Regierungsverantwortung dieselben Forderungen zu stellen und sich weiterhin als Anti-Bewegung zu positionieren. *„Signifikante strukturelle Schwächen, die rechtspopulistische Parteien normalerweise aufweisen, stellen ein fast unüberwindbares Problem dar, das einen langfristigen Erfolg in Regierungsverantwortung äußerst fragwürdig machen.“*¹²⁸ Die FPÖ konnte Maximalforderungen, die sie als Oppositionspartei noch gestellt hatte, nicht umsetzen. Das ist auch auf ihre Rolle als Juniorpartner und die Dominanz der regierungserfahrenen ÖVP zurückzuführen. Somit ergab sich von vorneherein eine schwache Verhandlungsposition für die FPÖ. Auch ihre Positionierung als Anti-Partei erschwerte es der FPÖ, in Regierungsverantwortung den geeigneten Kurs zu finden. Diese Haltung konnte in der Regierung nicht mehr aufrechterhalten werden, da die FPÖ nun selbst eine „Systempartei“ geworden war. Die Abgrenzung im Sinne des „wir da unten“ und „die da oben“ war unmöglich geworden, was alsbald zu einer Glaubwürdigkeitskrise führte. *„Vielen Wählern wurde vor Augen geführt, wie schwierig es für eine Regierungspartei im Gegensatz zur Oppositionsbewegung ist, die heterogenen Interessen der Bevölkerung einerseits sowie den herrschenden Sachzwängen andererseits Genüge zu tun.“*¹²⁹ Vor allem jene WählerInnen, welche sich klare Lösungen von der FPÖ erwartet hatten, waren von der Partei enttäuscht. Bornschiefer erklärt dies wie folgt: *„Wenn rechtspopulistische Parteien ihre Vorhaben in Regierungsverantwortung nicht umsetzen können, wird es schwieriger, die Wähler davon zu überzeugen, dass sie sich*

Umpositionierung als Regierungspartei gelang nicht

¹²⁵ Heinisch (2008b), 42.

¹²⁶ Luther (2003), 136.

¹²⁷ vgl. Akkerman/de Lange (2012), 578.

¹²⁸ Heinisch (2003), 91.

¹²⁹ Heinisch (2012), 376.

wirklich von anderen Parteien unterscheiden.“¹³⁰ Beispielsweise hatte die FPÖ in der Zeit als Juniorpartner eine Reihe von Kürzungsreformen mitgetragen, „die ihre Kernwählerschaft traf und zu Rissen in der Partei und zur Ablehnung der Pläne des Koalitionspartners führte.“¹³¹ Eine rechtspopulistische Partei in Regierungsverantwortung muss sich also entweder gegen die WählerInnen oder gegen den Regierungspartner stellen, denn ihre Forderungen werden nur schwer umsetzbar sein.¹³²

Befeuert wurden diese Probleme von einem Personalmangel und einer hohen Fluktuationsrate der Minister. Diese organisatorischen Mängel auf der internen Angebotsseite sind ein wesentlicher Grund für den mäßigen Auftritt der FPÖ als Regierungspartei. So meint auch Geden, dass es der FPÖ nicht gelang, „die deutlich erweiterten Anforderungen an Parteiorganisation und politisches Personal zu bewältigen.“¹³³ Auch die Frage nach der Parteiführung löste erhebliche Konflikte innerhalb der FPÖ aus. Jörg Haider hatte kein Regierungsamt inne, versuchte aber dennoch die Geschicke der Partei auf Bundesebene zu lenken. Das führte zu einem Zerwürfnis mit dem Flügel unter Vizekanzlerin und FPÖ-Parteibobfrau Susanne Riess-Passer, die eine eher pragmatische Strategie verfolgte. Mit den Neuwahlen von 2002 wurde das Ausmaß der Beschädigung der FPÖ offenkundig, das sich bereits bei den Landtagswahlen in der Steiermark (-4,8 %), im Burgenland (-2,0 %) und in Wien (-7,7 %) abgezeichnet hatte.¹³⁴ Vor allem die ÖVP profitierte von dieser Entwicklung und konnte 15 Prozent hinzugewinnen. Die FPÖ musste sich mit einem Absturz auf 10 % begnügen, also einem Minus von 16,9 %. Auffallend am WählerInnenprofil war, dass die FPÖ weiterhin eine Arbeiterpartei blieb.¹³⁵ Sie konnte demnach, obwohl sie WählerInnenstimmen verloren hatte, „ihren Charakter als Arbeiterpartei auch in der Phase des elektoralen Absturzes bewahren.“¹³⁶ Trotz des katastrophalen Wahlergebnisses wurde die FPÖ erneut in eine Koalition mit der ÖVP eingebunden. Die internen Zerwürfnisse und die zahlreichen organisatorischen Probleme der Partei konnten damit aber nicht überwunden werden.

Der Niedergang der Partei wurde von desaströsen Ergebnissen bei den Landtagswahlen begleitet. Allein in Kärnten blieb die FPÖ stimmenstärkste Partei, was aber vor allem auf die Figur des Jörg Haider zurückzuführen war, dem es gelang sich selbst von der negativen Leistung der FPÖ auf Bundesebene zu distanzieren und „die Oppositionsstimmung gegen die Bundesregierung für sich zu nut-

Absturz bei
den Wahlen
2002

¹³⁰ Bornschie (2010), 36.

¹³¹ Afonso (2015), 288.

¹³² Afonso (2015), 281.

¹³³ Geden (2007), 17.

¹³⁴ vgl. Picker et al. (2004), 267.

¹³⁵ vgl. auch Aichholzer et al. (2014), 118.

¹³⁶ Pelinka (2005), 94.

zen.“¹³⁷ Für die Bundesebene erwies sich seine Positionierung aber weiterhin als Hürde, die „Leadership-Krise“¹³⁸ bestand weiter fort. Die internen Spannungen resultierten 2005 letztendlich in der Spaltung der FPÖ und der Gründung des *Bündnis Zukunft Österreich* (BZÖ) unter Jörg Haider. Dieses war bis zur Nationalratswahl von 2006 an der Regierung beteiligt¹³⁹, dennoch aber auf die Unterstützung von Resten der FPÖ angewiesen.¹⁴⁰ Das BZÖ kann als Fortführung der freiheitlichen Agenda verstanden werden. Allein die Tatsache, dass eine solche Abspaltung für notwendig erachtet wurde, zeigt das „strukturelle grundsätzliche Dilemma, in dem die FPÖ seit 2000“ war, auf.¹⁴¹ Das BZÖ stand aber trotz der Verbindung zu Jörg Haider seit 2006 im Schatten der FPÖ und konnte sich – mit Ausnahme der Landesebene (Kärnten) – nicht etablieren. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass das BZÖ in der Regierung so schwach war, dass die ÖVP die Möglichkeit hatte, praktisch alleine zu regieren, während die FPÖ sich wieder den „vote-seeking strategies“ widmen konnte.¹⁴²

Spaltung 2005

Der Niedergang der FPÖ in dieser Phase III ist vorrangig auf die interne Angebotsseite zurückzuführen. Nicht nur auf der inhaltlichen Ebene misslang der FPÖ der Übergang von der Opposition in die Regierung. Auch die Parteiorganisation, die sich zu Zeiten des Aufstiegs aufgrund ihrer Flexibilität und alleinigen Ausrichtung auf die charismatische Führungsfigur Jörg Haider als Vorteil erwiesen hatte, stellte sich nun als Hürde für die Regierungsbeteiligung heraus. Fehlendes Personal und interne Differenzen zwischen der Basis und der Regierungspartei konnten zu keiner Zeit überwunden werden.

3.4. Das Wiedererstarken der FPÖ in der Opposition (Phase IV – ab 2006)

Mit dem Wechsel von der Regierung in die Opposition schien die FPÖ erneut in der Lage zu sein, ihre alte Stärke wiederzuerlangen und ein beträchtliches Wählerpotential zu mobilisieren. Während es dem BZÖ vor allem nach dem Tod Jörg Haiders im Herbst 2008 nicht gelang, sich zu etablieren, konnte die FPÖ unter dem neuen Parteiobmann Heinz-Christian Strache bereits bei der Nationalratswahl von 2006 (11,03 %) und vor allem bei der Nationalratswahl von 2008 (17,54 %) erhebliche Stimmenzuwächse verbuchen. Allgemein ist dabei festzustellen, dass der Nährboden sich nicht wesentlich geändert hatte. Ein beträchtlicher Teil der österreichischen WählerInnenschaft schien weiterhin offen für die rechtspo-

¹³⁷ Picker et al. (2004), 269.

¹³⁸ vgl. Heinisch (2003), 124.

¹³⁹ Dabei war die elektorale Legitimität aber keinesfalls gegeben und auch die programmatische Orientierung blieb fragwürdig. (vgl. Heinisch 2008b, 51)

¹⁴⁰ vgl. Bauer (2014), 64.

¹⁴¹ Pelinka (2005), 102.

¹⁴² vgl. Fallend (2010), 21.

populistische Agenda zu sein.¹⁴³ Während das BZÖ versuchte, sich vor allem nach dem Tod Jörg Haiders als wirtschaftsliberale Partei zu positionieren und an die FPÖ der frühen 1980er Jahre anzuknüpfen, kann man bei der FPÖ eine Fortführung des ausländerfeindlichen, sozialpopulistischen, „inländerfreundlichen“ und europakritischen Kurses feststellen. Damit bedient die Partei vorwiegend die kulturelle Konfliktlinie und verteidigt den Österreichpatriotismus weiter. Die FPÖ versuchte also wieder an jene Strategie anzuknüpfen, welche Haider in der Opposition vor 2000 verfolgt hatte.¹⁴⁴ Sie steht damit, anders als das BZÖ, viel mehr in der Tradition der rechtspopulistischen FPÖ der 1990er Jahre.

Strache gelang es ab 2005, die FPÖ wieder als Anti-Establishment Partei zu positionieren, die auf der Seite des kleinen Mannes gegen die politische Elite antritt und die österreichische Identität gegen Einflüsse von außen zu verteidigen sucht. Geden spricht außerdem von einer „kompromisslosen Oppositionspolitik.“¹⁴⁵ Da außerdem niemand in die Regierungsgeschäfte um Bundeskanzler Wolfgang Schüssel eingebunden war, gelang es der FPÖ abermals, sich gegenüber der politischen Elite abzugrenzen und die Glaubwürdigkeit der FPÖ als populistische Kraft zurückzugewinnen.¹⁴⁶ Im Wahlkampf der Freiheitlichen von 2006 standen die Ablehnung des Türkei-Beitritts, europaskeptische Töne und ein ausländerfeindlicher Kurs im Vordergrund. Die FPÖ konnte bei der Nationalratswahl 2006 trotz der Zerwürfnisse und der Abspaltung Haiders 11,03 % erringen, das BZÖ lediglich 4,1 %. Es folgte eine Neuauflage der Großen Koalition von ÖVP und SPÖ, die als stärkste Partei hervorging.

In Hinblick auf *leadership* und Organisation fällt zu dieser Zeit vor allem der eher autoritäre Führungsstil des Heinz-Christian Strache auf. Nichtsdestotrotz schien es ihm zu gelingen, der Partei neues Leben einzuhauchen.¹⁴⁷ Mit Straches Antreten ist auch eine Radikalisierung der FPÖ festzustellen. Das spiegelte sich vor allem in seiner Rhetorik, aber auch diversen Tabubrüchen und Verbindungen der Partei zum deutschnationalen Lager wider. Gerade dieser aggressive Stil wurde für einige Jahre fortgesetzt und schien in dieser Zeit notwendig gewesen zu sein, um die Partei wiederzubeleben, so Williams.¹⁴⁸ In jedem Fall scheint es, als bedeutete Strache nach beginnenden Erosionsprozessen und den Turbulenzen um die FPÖ ab 2005 wieder verstärkte Kontinuität für die Partei. Das erleichterte eine konsistente strategische Ausrichtung, die sich an den Kernthemen Antiimmigration, Euroskeptizismus und Anti-Establishment-Politik orientiert. Die Wählerschaft der FPÖ bestand weiterhin vorwiegend aus Arbeitern und Männern unter 30 Jahren besteht. Zudem merken Bauer, Lackinger und Linsinger an, dass vor allem ProtestwählerInnen nach 2006 einen wesentlichen Anteil der Wählerklientel

Ausscheiden aus der Regierung und wieder Opposition

Wiederbelebung der Partei durch Radikalismus

¹⁴³ vgl. Heinisch (2008b), 42.

¹⁴⁴ vgl. Karhofer (2012), 48.

¹⁴⁵ Geden (2009), 101.

¹⁴⁶ vgl. ebd.

¹⁴⁷ vgl. Williams (2013), 80.

¹⁴⁸ Williams (2013), 80.

der FPÖ ausmachten.¹⁴⁹ Es schien der FPÖ zu gelingen, jene WählerInnen erneut von sich zu überzeugen, die sich, als sie Regierungsverantwortung übernommen hatte, von ihr abgewandt hatten.

Ein Zeichen für das stete Wiedererstarken der Partei waren die fast durchwegs positiven Ergebnisse bei der Nationalratswahl 2008 und den Landtagswahlen zwischen 2008 und 2015. Bei der – aufgrund von anhaltenden Konflikten zwischen den Regierungsparteien SPÖ und ÖVP – vorgezogenen Nationalratswahl im Jahr 2008 konnte die FPÖ auf 17,5 % zulegen. In Hinblick auf das Wahlprogramm besetzte die FPÖ erneut ihre Kernthemen Immigration und Euroskeptizismus. Heinisch meint zudem, dass auch die (steigende) Popularität des Heinz-Christian Strache selbst ein wichtiger Faktor bei dieser Wahl war – mehr noch als es im Jahr 2006 der Fall gewesen sei.¹⁵⁰ Bei der Landtagswahl 2009 in Kärnten konnte zwar das BZÖ 44,9 % der Stimmen erreichen, trat aber in ein Kooperationsabkommen mit der Bundes-FPÖ ein und existierte bis zur Wiedervereinigung mit der FPÖ im Juni 2013 als *Freiheitliche Partei Kärntens* (FPK) weiter. Im Jahr 2013 musste Strache einige elektorale Rückschläge in den Ländern hinnehmen und fiel auch in den Umfragewerten auf Bundesebene zurück. In dieser kurzen Phase von einer Stagnation zu sprechen, wäre aber übertrieben. Dennoch scheint die FPÖ in dieser Zeit mit internen Problemen konfrontiert gewesen zu sein. Dem Parteiobmann wurde etwa „mangelnde Durchsetzungsfähigkeit“¹⁵¹ attestiert. Riedl meint außerdem, dass die FPÖ unter Strache zu dieser Zeit verunsichert gewesen sei, da sie keinerlei Erfahrung darin gehabt hätte, „mit Rückschlägen umzugehen.“¹⁵² Zudem machten es diverse Korruptionsskandale für Strache schwer, sich weiterhin als Alternative zu den „Altparteien“ zu präsentieren.

Eine weitere Herausforderung für die FPÖ war das Auftreten einer neuen Partei im Vorfeld der Nationalratswahlen von 2013. Das Team Stronach (TS) erweiterte das Parteienspektrum um eine weitere Anti-Establishment-Partei, die sich gegen das System der österreichischen Konkordanzdemokratie richtete, und deren Ziel es war, eben dieses System aufzubrechen. Das TS konnte – zumindest kurzzeitig – beträchtliches WählerInnenpotential von der FPÖ abziehen. Es präsentierte sich, ebenso wie die FPÖ, als Alternative zu den etablierten und „korrupten“ Parteien und verfolgte ebenso eine populistische Anti-Establishment und europaskeptische Haltung. Doch anders als die FPÖ positionierte sich das TS nicht als Anti-Immigrationspartei. Bauer, Lackinger und Linsinger stellen fest, dass es dem TS zu dieser Zeit in der Tat gelang, das Monopol der FPÖ aufzubrechen. Denn davor war sie die einzige Partei gewesen, die gegen das Establishment aufgetreten war.¹⁵³ Bei der Nationalratswahl 2013 blieb das TS aber hinter den allgemeinen

2013 kurze Stagnation durch Konkurrenz durch andere Anti-Establishment-Partei

¹⁴⁹ vgl. Bauer et al. (2013), 19.

¹⁵⁰ Heinisch (2013), 58

¹⁵¹ ebd.

¹⁵² <http://www.zeit.de/2013/13/FPOE-Heinz-Christian-Strache/seite-2>.

¹⁵³ ebd.

Erwartungen zurück und konnte lediglich 5,73 % erringen. Die FPÖ erzielte 20,51 %. Das BZÖ verlor alle Sitze im Parlament, der Parteivorsitzende Josef Bucher kündigte unverzüglich seinen Rücktritt an. Die FPÖ konnte bei der Nationalratswahl 2013 ihren Aufstieg auf Bundesebene zwar weiter fortsetzen, aber nicht im erhofften Maße. Sie hatte im Wahlkampf das Thema Immigration zwar nach außen hin nicht zu ihrem Hauptthema gemacht, die meisten WählerInnen gaben ihr aber eben wegen ihrer Haltung in Immigrationsfragen ihre Stimme.¹⁵⁴

Bei den Landtagswahlen in der Steiermark im Jahr 2015 feierte die FPÖ Triumphe und konnte ihren Stimmenanteil verdreifachen, im Burgenland verdoppelte sie ihren Anteil. Auch bei diesen beiden Wahlen nannten die Hälfte der WählerInnen, die der FPÖ ihre Stimme gegeben hatten, Asylpolitik und Integration als Grund.¹⁵⁵ Somit konnte die FPÖ erstmals *„einstige Rekorde aus der Haider-Ära in den neunziger Jahren übertreffen“*, so Baumann.¹⁵⁶ In der Tat erinnert das Wiedererstarken der FPÖ an die Zeiten unter Jörg Haider. Auch Williams vergleicht den derzeitigen Aufstieg mit der Zeit unter Haider vor 1999: *„Die FPÖ scheint zu den aufwieglerischen Mobilisierungsstrategien zurückgekehrt zu sein, die sie auch vor ihrem Höhepunkt 1999 vorwärtsgebracht haben.“*¹⁵⁷

Große Wahlerfolge 2015

Erfolgreich ist die FPÖ derzeit, weil sie seit Jahren das Thema Immigration besetzt. Migration, Asylwesen und der wirtschaftliche Krebsgang seien, laut Baumann, für die WählerInnen derzeit die entscheidenden Themen, bei denen die FPÖ zwar keine Lösungen anbiete, die Kritik aber am schärfsten formulieren würde und ohnehin vorhandene Ängste schüre.¹⁵⁸ Baumel sieht den Grund für den Aufstieg der FPÖ aber auch darin begründet, dass es der SPÖ nicht gelinge, ihre traditionelle Wählerschaft zu überzeugen.¹⁵⁹ Aktuell befindet sich die FPÖ in einem Umfragenhoch. 31 % würden auf Bundesebene die FPÖ wählen.¹⁶⁰ Hildebrand sieht den Grund für den erneuten Aufstieg auch in der Verfasstheit der repräsentativen Demokratie. Er meint, dass die europäischen Demokratien heute *„nicht mehr das gewünschte Maß an Teilhabe und Repräsentativität“ bieten würden.*¹⁶¹ Ähnlich wie in den 1990er Jahren scheinen die etablierten Parteien auch derzeit ratlos in Hinblick auf mögliche Gegenstrategien zu sein. Vor einer Einbindung in Regierungsverantwortung schrecken sowohl SPÖ als auch ÖVP noch zurück – mit Ausnahme der burgenländischen SPÖ, die nach den Landtagswahlen

¹⁵⁴ vgl. Dolezal/Zeglovits (2014), 648.

¹⁵⁵ vgl. <http://www.sueddeutsche.de/politik/wahlerfolg-der-fpoe-wie-sich-oesterreich-an-rechte-parolen-gewoehnt-hat-1.2502166>.

¹⁵⁶ <http://www.nzz.ch/international/deutschland-und-oesterreich/man-kann-uns-nicht-mehr-stoppen-1.18553360>.

¹⁵⁷ Williams (2013), 82.

¹⁵⁸ vgl. <http://www.nzz.ch/international/deutschland-und-oesterreich/man-kann-uns-nicht-mehr-stoppen-1.18553360>.

¹⁵⁹ vgl. Baumel (2014), 3.

¹⁶⁰ vgl. <http://derstandard.at/2000021116280/Umfrage-Strache-in-der-Kanzlerfrage-vorne>.

¹⁶¹ Hildebrand (2015), 8.

2015 eine Koalition mit der FPÖ bildete. Und während Kahlweit davor warnt, die Rezepte der Rechtspopulisten zu kopieren¹⁶², sieht Riedl das Versagen bei den etablierten Parteien, die „*seit Jahrzehnten im Wesentlichen nichts anderes tun, als ihre Pfründe zu verteidigen.*“¹⁶³ Auch Geden meint, dass etablierte Parteien die Forderungen von Rechtspopulisten nicht kurzfristig übernehmen sollten. Gegenmaßnahmen müssen darauf abzielen, „*das populistische Authentizitätsversprechen dauerhaft unglaubwürdig zu machen.*“¹⁶⁴ Der derzeitige Aufstieg gründet – wie auch schon unter Jörg Haider in den 1990er Jahren – in einer Mischung aus verschiedenen Gegebenheiten auf der Nachfrage- und Angebotsseite. Das Wiedererstarken der FPÖ in den vergangenen Jahren hat gezeigt, dass die FPÖ trotz ihrer konjunkturellen Entwicklung einen festen Platz im österreichischen Parteiensystem gefunden hat: *“Die FPÖ wird weiterhin einen festen Platz im Parteiensystem haben – das zeigt die Rückkehr der FPÖ unter Heinz-Christian Strache – eine Rückkehr, die viele Beobachter kaum für möglich gehalten hatten und große Ähnlichkeit mit dem Stil und dem Inhalt der FPÖ unter Haider in den 1990er Jahren aufweist.”*¹⁶⁵

Einen festen Platz im Parteiengefüge gefunden

¹⁶² vgl. <http://www.sueddeutsche.de/politik/wahlerfolg-der-fpoe-wie-sich-oesterreich-an-rechteparolen-gewohnt-hat-1.2502166>.

¹⁶³ <http://www.zeit.de/2015/15/rechtspopulismus-oesterreich-fpoe>

¹⁶⁴ Geden (2009), 94.

¹⁶⁵ Heinisch (2013), 75.

4. Ansteckungseffekt?

Abschließend soll auf den sogenannten „contagion effect“¹⁶⁶ eingegangen werden. Dabei wird danach gefragt, ob etablierte Parteien sich von Ideologie und Programm rechtspopulistischer Parteien anstecken lassen.

In der Phase des Aufstiegs der FPÖ in den 1990er Jahren (Phase II) kann ein solcher Ansteckungseffekt beobachtet werden. SPÖ und ÖVP schlugen im Bereich der Immigrationspolitik schärfere Töne an, um der FPÖ den Wind aus den Segeln zu nehmen. Auch Williams ortet einen solchen ideologischen Schwenk nach rechts: *„Was die ideologische Ausrichtung betrifft, begannen sich die Parteien in den 1990er Jahren offenkundig im Tandem nach rechts zu bewegen“*, so etwa bei der Immigrationspolitik, denn die FPÖ war es, die bei diesem Thema erfolgreich mobilisieren konnte.¹⁶⁷ Wineroither bestätigt diese Beobachtung und meint, *„dass die FPÖ in den 1990er Jahren als Oppositionspartei Einfluss auf Regierungspolitik und auch auf den politischen Kurs nehmen konnte.“*¹⁶⁸ Scharsach und Kuch beobachten bei den Regierungsparteien zu dieser Zeit eine rechtspopulistische Rhetorik und ausländerfeindliche Forderungen.¹⁶⁹ Die Verabschiedung schärferer Maßnahmen im Bereich der Immigrationspolitik führte aber nicht zu einer Entzauberung der Rechtspopulisten, sondern zu einem weiteren Aufstieg der FPÖ. Die *„Wähler fassten die Regierungspolitik als Bestätigung des FPÖ-Kurses auf.“*¹⁷⁰ Das kann darauf zurückgeführt werden, dass Jörg Haider betonte, dass es die FPÖ war, die diese Maßnahmen gefordert hatte und die etablierten Parteien diese nur abgekupfert und kopiert hätten.

Verschärfung der Immigrationspolitik durch die Regierung in den 1990er Jahren

Auch in Phase III (ab 2000) kann ein solcher Effekt in Form einer weiteren Straffung der Immigrationspolitik unter der schwarz-blauen Koalition beobachtet werden.¹⁷¹ Interessant ist dabei aber, dass es oftmals nicht die FPÖ, sondern die ÖVP war, die diese neuen restriktiven Initiativen vorantrieb und sich zunehmend nach rechts bewegte.¹⁷² Frölich-Steffen meint, dass die FPÖ als Koalitionspartner über das Agenda-Setting hinaus im Bereich der Immigrationspolitik auch gestalterisch tätig sein konnte. Das mündete *„im Oktober 2003 u.a. in eine weitere Asylgesetz-Novelle.“*¹⁷³ Dadurch hat sich die FPÖ von einer Pariapartei zum Policy-Maker entwickelt.¹⁷⁴ Auffallend ist laut Abedi, dass sich die konservativen etablierten Parteien mehr und mehr nach rechts bewegt haben und im Sinne des

¹⁶⁶ Van Spanje (2010).

¹⁶⁷ Williams (2013), 73.

¹⁶⁸ Wineroither (2009), 285.

¹⁶⁹ vgl. Scharsach/Kuch (2000), 105.

¹⁷⁰ vgl. ebd.

¹⁷¹ vgl. Pallaver/Gärtner (2006), 117.

¹⁷² vgl. Luther (2003), 151.

¹⁷³ Frölich-Steffen (2006), 152.

¹⁷⁴ Minkenberg (2013), 5.

Machterhalts, rechtspopulistische Parteien als Koalitionspartner akzeptiert haben.¹⁷⁵

Was den Ansteckungseffekt in Phase IV (ab 2006) betrifft, braucht es noch mehr wissenschaftliche Untersuchungen. Mudde geht aber so weit zu sagen, dass die meisten Themen der Rechtspopulisten bereits von den etablierten Parteien aufgegriffen und in mehr oder weniger moderater Form in deren Programme aufgenommen wurden.¹⁷⁶ Auch Minkenberg bestätigt diese Entwicklung und meint, „*dass der politische Diskurs und die Politik sich nach rechts bewegt haben.*“¹⁷⁷ Unklar ist, inwiefern diese Entwicklung zu einer Schwächung oder Stärkung des Rechtspopulismus beiträgt. Arzheimer und Carter aber meinen, dass „*der Schwenk einer Mainstream-Partei hin zu einer rechtspopulistischen Partei letztere eher legitimiert, als die Nachfrage für deren Politik zu unterdrücken.*“¹⁷⁸ Die Einbeziehung rechtspopulistischer Parteien hat zu einer Legitimation ihrer Positionen geführt, nicht zu einer Entzauberung, was nach Minkenberg zwar auch in einer Zählung derselben resultierte, gleichzeitig aber zu einer Straffung der Immigrationspolitik führte.¹⁷⁹ Rechtspopulistische Parteien sind von der „*Pariah-Partei*“ zum „*Policy-Maker*“ geworden, da die etablierten Parteien sie zunehmend als Regierungspartner akzeptieren und sich auch in ideologischer Hinsicht an deren Programme angenähert haben.¹⁸⁰ Auch Baumann ortet einen Ansteckungseffekt in Österreich: „*Die etablierten Parteien sowie die von ihnen getragenen Regierungen reagieren auf die Stimmengewinne rechtspopulistischer Parteien in der Regel durch teilweise Übernahme inhaltlicher Positionen, insbesondere in den Bereichen ‚Einwanderung‘ und ‚Innere Sicherheit.*“¹⁸¹

Einbeziehung der Rechten hat sie nicht entzaubert, sondern legitimiert

An der rot-blauen Koalition im Burgenland wird sich in den kommenden Jahren ablesen lassen, ob und wenn ja, in welcher Art und Weise die SPÖ programmatische Schwerpunkte der FPÖ übernommen haben wird. Ein erstes Indiz für einen solchen „Ansteckungseffekt“ gibt es bereits: „*Dass in der Regierungsvereinbarung zwischen SPÖ und FPÖ im Burgenland ausdrücklich solche Heime [Asylantenheime] abgelehnt werden, trägt die Handschrift der FPÖ.*“¹⁸²

¹⁷⁵ vgl. Abedi (2002), 570.

¹⁷⁶ vgl. Mudde (2007), 248.

¹⁷⁷ vgl. Minkenberg (2013), 21.

¹⁷⁸ Arzheimer/Carter (2006), 440.

¹⁷⁹ Minkenberg (2013), 5.

¹⁸⁰ Minkenberg (2013), 5.

¹⁸¹ <http://www.nzz.ch/international/deutschland-und-oesterreich/man-kann-uns-nicht-mehr-stoppen-1.18553360>.

¹⁸² <http://www.zeit.de/2015/24/spoe-fpoe-koalition-burgenland-oesterreich>.

Fazit

Nach dem zweiten Weltkrieg waren die liberalen Demokratien Westeuropas in sozialer und politischer Hinsicht für einige Jahrzehnte sehr stabil. Mit vielseitigen gesellschaftlichen Veränderungen, einer steigenden Politikverdrossenheit, anwachsendem Misstrauen gegenüber den politischen Institutionen und einer wachsenden politischen Entfremdung zwischen Politik und WählerInnen wurde eine Lücke für neue politische Angebote geschaffen. In Europa bildeten sich vor allem die grüne und die rechte Parteienfamilie heraus, die als „extreme Rechte“, „rechtspopulistisch“ oder „rechtsextrem“ in die wissenschaftliche Literatur einging. Diese bildet seit nunmehr etwa 30 Jahren einen festen Bestandteil der westeuropäischen Parteiensysteme und scheint sich dauerhaft etabliert zu haben. Österreich bildet in diesem Zusammenhang einen interessanten Fall, denn die FPÖ hat sich von einer Randpartei zur zweitstärksten Kraft Ende der 1990er Jahre entwickelt, die Regierungsverantwortung übernehmen konnte. Sie wurde damit zur erfolgreichsten Partei der extremen Rechten in der EU.¹⁸³ Obwohl der Eintritt in die Regierung auch die Phase der Stagnation markiert, führte letztere nicht zu einer dauerhaften Entzauberung des Rechtspopulismus in Österreich, sondern zu einem Wiedererstarken in der Opposition.

Es zeigte sich, dass beim Rechtspopulismus der Populismus mit einer Ideologie der Rechten unterfüttert wird, die wandelbar ist und sich vor allem durch vertikale und horizontale Abgrenzungsmuster eines exklusiven, also eines ausgrenzenden Nativismus auszeichnet. Letzterer ist nach der vorliegenden Definition allen rechtspopulistischen Parteien gemein. Darauf basieren auch die zentralen Themen der Rechtspopulisten, nämlich eine Abgrenzung vom Establishment, eine restriktive Immigrations- und Asylpolitik und eine Ablehnung der Europäischen Integration. Etwaige andere Themen werden besetzt, um WählerInnenstimmen zu gewinnen und die Konstruktion des exklusiven Nativismus zu verstärken. Ein Versuch der Abgrenzung des Rechtspopulismus vom Rechtsextremismus resultierte in der These, dass rechtspopulistische Parteien unterschiedliche Extremismusgrade aufweisen können. Rechtspopulismus ist also nicht an sich verfassungsfeindlich und antidemokratisch, aber mit dem Grad und der Intensität des exklusiven Nativismus kann er rechtsextremistische Züge annehmen.

In Kapitel 2 wurde ein Blick auf das Phänomen des Rechtspopulismus in Westeuropa geworfen und erörtert, ob Österreich einen Fall *sui generis* darstellt. Dabei hat sich herausgestellt, dass der Rechtspopulismus nicht mehr nur eine politische Randerscheinung darstellt, sondern sich in den meisten westeuropäischen Demokratien normalisiert hat. Die FPÖ in Österreich ist in vielerlei Hinsicht der Idealtypus einer rechtspopulistischen Partei, auch wenn sie eigentlich eine „Alt-

¹⁸³ vgl. Jesse/Thieme (2011b).

partei“ ist, sich aber ab Ende der 1980er Jahre zu einer „echten“ rechtspopulistischen Partei entwickelt hat. Auch wenn es in Österreich Entwicklungen gab, die das Aufkommen einer rechtspopulistischen Partei stärker begünstigten als in anderen Ländern, so sind Ideologie, Organisation und Auftreten der FPÖ wie auch die allgemeinen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Umbrüche mit jenen ihrer rechtspopulistischen Nachbarparteien in anderen europäischen Ländern vergleichbar. Österreich kann also nach der vorliegenden Analyse nicht als Sonderfall bezeichnet werden.

Kapitel 3 ging der Frage nach, wie die Konjunkturen des Rechtspopulismus in Österreich erklärt werden können. In der ersten Phase von ihrer Gründung bis 1986 gelang es der FPÖ nicht, sich zu etablieren. Das ist nicht nur auf die Hyperstabilität des österreichischen Parteiensystems zurückzuführen, sondern auch auf die ausgeprägte Lagerbindung und die hohe Organisationsdichte der etablierten Parteien. Zudem sind in dieser Phase auf der internen Angebotsseite erhebliche Defizite zu verorten, wie etwa ein schwacher Organisationsgrad, immer wechselnde Führungspersönlichkeiten und personelle und inhaltliche Fragmentierung. Die Phase des Aufstiegs ab 1986 lässt sich anhand der systemischen Faktoren erklären, die Raum für die Etablierung einer neuen Protestpartei ließen. Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien und zahlreiche gesellschaftliche Umbrüche führten dazu, dass sich die WählerInnen nicht mehr repräsentiert fühlten, da die Transformationen von den Parteien nicht genügend verarbeitet wurden. Die FPÖ konnte diesen Nährboden nutzen und zuerst als Protestpartei und ab 1990 als echte rechtspopulistische Partei, welche die zentralen Positionierungen (Anti-Establishment, Anti-Immigration und Anti-Europäisierung und Anti-Globalisierung) bediente, WählerInnenstimmen maximieren. Zentral für den Aufstieg der FPÖ waren aber auch ihre organisatorische Flexibilität und die charismatische Führungspersönlichkeit Jörg Haider. Er trat als Mann des Volkes auf und richtete die Parteiorganisation auf sich aus. Somit kehrte mehr Stabilität in der FPÖ ein, als es zuvor der Fall gewesen war.

Mit dem Übergang von der Opposition in die Regierung im Jahr 2000 begann die Phase der Stagnation der FPÖ. Nicht nur auf inhaltlicher Ebene gelang der bisherigen Oppositionspartei FPÖ aufgrund ihrer rechtspopulistischen Verfasstheit und der Anti-Establishment-Haltung der Übergang in die Regierung nicht. Auch die Parteiorganisation, die sich zu Zeiten des Aufstiegs aufgrund ihrer Flexibilität als Vorteil herausgestellt hatte, stellte sich nun als Hürde dar. Fehlendes bzw. unvorbereitetes Personal und interne Zerwürfnisse konnten zu keiner Zeit überwunden werden. Zentral für diesen Niedergang der FPÖ sind aber auch andere Faktoren. So war die FPÖ zwischen 1986 und 2000 eine Pariapartei, was es ihr leicht gemacht hatte, gegen das Establishment zu mobilisieren und keine Realpolitik betreiben zu müssen.

Mit dem Wiedererstarken des Rechtspopulismus in Österreich scheint die These von einer langfristigen Entzauberung rechtspopulistischer Parteien durch eine Regierungsbeteiligung widerlegt zu sein. Es gelang der Partei nach 2005, als sie sich wieder in Opposition befand, erneut ihre zentralen Themen zu besetzen und WählerInnenstimmen zu gewinnen. Die FPÖ scheint inhaltlich an jene Strategie anzuknüpfen, die Haider vor 2000 in der Phase des Aufstiegs verfolgt hatte. Auch in Hinblick auf die Führungsperson kehrte erneut Stabilität ein. Heinz-Christian Strache gelang es, die FPÖ ab 2005 wieder als Anti-Establishment Partei zu positionieren, die auf der Seite des kleinen Mannes gegen die politische Elite antritt und die österreichische Identität gegen Einflüsse von außen zu verteidigen sucht. Doch auch die Gelegenheitsstrukturen auf der Makro-Ebene der Nachfrageseite (also die allgemeinen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen) sind derzeit dafür günstig. Immerhin ist es die FPÖ, die das Thema Immigration seit Jahren bespielt und sich nun als – in ihrer Strategie – bestätigt darstellt. Diese Genese der FPÖ in den vergangenen Jahren hat gezeigt, dass sie trotz ihrer konjunkturellen Entwicklung ein fester Bestandteil des österreichischen Parteiensystems ist.

In Kapitel 4 wurde auch auf den sogenannten „Ansteckungseffekt“ eingegangen. Dabei kann festgestellt werden, dass sich ein solcher bereits in den 1990er Jahren in der Immigrationspolitik beobachten lässt. Auch in Phase III ist dieser Effekt geblieben, wobei es hier vor allem auch die ÖVP war, die restriktivere Maßnahmen in der Immigrations- und Asylpolitik einführte. Es gelang der FPÖ sowohl als Oppositionspartei als auch als Regierungspartei Einfluss auf das *agenda-setting* und die ideologische Positionierung der Parteien zu nehmen. Was den Ansteckungseffekt in Phase IV betrifft, werden die Erfahrungen abzuwarten sein. Mudde geht aber so weit, zu sagen, dass die meisten Themen der Rechtspopulisten bereits von den etablierten Parteien aufgegriffen und in mehr oder weniger moderater Form in deren Programme aufgenommen wurden.¹⁸⁴

¹⁸⁴ Mudde (2007), 248.

Quellenverzeichnis

Abedi, Amir (2002) „Challenges to established parties: The effects of party system features on the electoral fortunes of anti-political-establishment parties.” *European Journal of Political Research* 41 (4), 551–583.

Afonso, Alexandre (2015) “Choosing whom to betray: populist right-wing parties, welfare state reforms and the trade-off between office and votes.” *European Political Science Review* 7 (2), 271–292.

Aichholzer, Julian, Kritzing, Sylvia, Wagner, Markus und Eva Zeglovits (2014) “How has Radical Right Support Transformed Established Political Conflicts? The Case of Austria.” *West European Politics* 37 (1), 113–137.

Akkerman, Tjitske und Sarah L. de Lange (2012) „Radical Right Parties in Office: Incumbency Records and the Electoral Cost of Governing.“ *Government and Opposition* 47 (4), 574–596.

Allen, Trevor J. (2015) „All in the right party family? Comparing far right voters in Western and Post-Communist Europe.” *Party Politics* 21 (1), 1–12.

Arzheimer, Kai und Elisabeth Carter (2006) „Political opportunity structures and right-wing extremist party success.” *European Journal of Political Research* 45 (3), 419–443.

Bauer, Gernot, Herbert Lackinger und Eva Linsinger (11.03.2013) „Die Altpartei.“ *Profil* 44 (11), 16–24.

Bauer, Werner T. (2014) *Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa* (Wien: Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung).

Baumann, Meret (01.06.2015) „‘Man kann uns nicht mehr stoppen‘“ *NZZ.ch* <<http://www.nzz.ch/international/deutschland-und-oesterreich/man-kann-uns-nicht-mehr-stoppen-1.18553360>> (Abrufdatum: 03.08.2015).

Baumel, Laurent (2014) “How to Reinvigorate Social Democracy to Fight Populism in Europe.” In: Hillebrand, Ernst (Hrsg.) *Right Wing Populism in Europe – How do we Respond?* (Bonn: Friedrich Ebert Stiftung), 2–3.

Betz, Hans-Georg (2001) „Exclusionary populism in Austria, Italy and Switzerland.” *International Journal* 56 (3), 393–420.

Betz, Hans-Georg (2002a) „Conditions Favouring the Success and Failure of Radical Right-Wing Populist Parties in Contemporary Democracies.” In: Mény, Yves und Yves Surel (Hrsg.) *Democracies and the Populist Challenge* (Houndsmills: Palgrave Macmillan), 197–213.

Betz, Hans-Georg (2002b) „Rechtspopulismus in Westeuropa: Aktuelle Entwicklungen und politische Bedeutung.“ *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 31 (3), 251–264.

Beyme, Klaus von (2010) „Populismus und Rechtsextremismus in postmodernen Parteiensystemen.“ In: Gehner, David und Tim Spier (Hrsg.) *Krise oder Wandel der Parteiendemokratie* (Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften), 177–189.

Bornschieer, Simon (2010) *Cleavage Politics and the Populist Right: The New Cultural Conflict in Western Europe* (Philadelphia: Temple University Press).

Decker, Frank (2004) *Der neue Rechtspopulismus* (Opladen: Leske+Budrich).

Decker, Frank (2006) „Die populistische Herausforderung: Theoretische und ländervergleichende Perspektiven.“ In: Frank Decker (Hrsg.) *Populismus: Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?* (Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften), 9–32.

Decker, Frank und Marcel Lewandowsky (2009) „Rechtspopulismus als (neue) Strategie der politischen Rechten.“ *fes-online-akademie.de* <<http://library.fes.de/pdf-files/akademie/online/08320.pdf>> (Abrufdatum: 29.07.2015).

De Lange, Sarah (2012) „New Alliances: Why Mainstream Parties Govern with Radical Right-Wing Populist Parties.“ *Political Studies* 60 (4), 899–918.

Dolezal, Martin und Eva Zeglovits (2014) „Almost an Earthquake: The Austrian Parliamentary Election of 2013.“ *West European Politics* 37 (3), 644–652.

Dunn, Kris (2015) „Preference for radical right-wing populist parties among exclusive-nationalists and authoritarians.“ *Party Politics* 21 (3), 367–380.

Fallend, Franz (2010) „Insider Populism and its Effects on Democracy: The Right-wing Populists in the Austrian Government (2000–2007).“ *Paper for the Workshop Populism in Europe and the Americas: Threat of Corrective for Democracy?* (Berlin: Wissenschaftszentrum).

Frölich-Steffen, Susanne (2004) „Die Identitätspolitik der FPÖ: Vom Deutschnationalismus zum Österreich-Patriotismus.“ *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 33 (3), 281–295.

Frölich-Steffen, Susanne (2006) „Rechtspopulistische Herausforderer in Konkordanzdemokratien: Erfahrungen aus Österreich, der Schweiz und den Niederlanden.“ In: Decker, Frank (Hrsg.) *Populismus: Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?* (Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften), 144–164.

Gärtner, Reinhold (2009) *Politik der Feindbilder: Rechtspopulisten im Vormarsch* (Wien: Kremayr & Scheriau).

Geden, Oliver (2007) „Rechtspopulismus: Funktionslogiken – Gelegenheitsstrukturen – Gegenstrategien.“ *SWP Studie* (Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik).

Geden, Oliver (2009) „Die Renaissance des Rechtspopulismus in Westeuropa.“ *Internationale Politik und Gesellschaft* 2, 92–107

Hainsworth, Paul (2008) *The Extreme Right in Western Europe* (London/New York: Routledge).

Hartleb, Florian (2005) „Rechtspopulistische Parteien.“ *Arbeitspapier 143* (St. Augustin: Konrad Adenauer Stiftung).

Hartleb, Florian (2011) „Extremismus in Österreich.“ In: Jesse, Eckhard und Tom Thieme (Hrsg.) *Extremismus in den EU-Staaten* (Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften), 265–281.

Heinisch, Reinhard (2003) „Success in Opposition – Failure in Government: Exploring the Performance of the Austrian Freedom Party and other European Right-wing Populist Parties in Public Office.“ *West European Politics* 26 (3), 91–130.

Heinisch, Reinhard (2004) „Die FPÖ – Ein Phänomen im Internationalen Vergleich: Erfolg und Misserfolg des Identitären Rechtspopulismus.“ *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 33 (3), 247–261.

Heinisch, Reinhard (2008a) „Austria: The Structure and Agency of Austrian Populism.“ In: Albertazzi, Daniele und Duncan McDonnell (Hrsg.) *Twenty-First Century Populism: The Spectre of Western European Democracy* (Basingstoke: Palgrave Macmillan), 67–83.

Heinisch, Reinhard (2008b) „Right-Wing Populism in Austria: A Case for Comparison.“ *Problems of Post-Communism* 53 (3), 40–56.

Heinisch, Reinhard (2012) „Demokratiekritik und (Rechts-)Populismus: Modellfall Österreich? In: Helms, Ludger und David M. Wineroither (Hrsg.) *Die österreichische Demokratie im Vergleich* (Baden-Baden: Nomos/UTB), 361–382.

Heinisch, Reinhard (2013) „Austrian Right-wing Populism in Austria: A Surprising Comeback under a New Leader.“ In: Grabow, Karsten und Florian Hartleb (Hrsg.) *Exposing the Demagogues* (Center for European Studies/CES, Brussels), 47–80.

Helms, Ludger (1997) „Right-wing populist parties in Austria and Switzerland: A comparative analysis of electoral support and conditions of success.“ *West European Politics* 20 (2), 37–52.

Hillebrand, Ernst (2014) „Populism: The Errors of the Left.“ In: Hillebrand, Ernst (Hrsg.) *Right Wing Populism in Europe – How do we Respond?* (Bonn: Friedrich Ebert Stiftung), 8–9.

Hillebrand, Ernst (2015) "Die populistische Herausforderung – Eine Einführung." In: Hillebrand, Ernst (Hrsg.) *Rechtspopulismus in Europa: Gefahr für die Demokratie?* (Bonn: Verlag J.H.W.Dietz), 7–13.

Ignazi, Piero (2002) „The Extreme Right: Defining the Object and Assessing the Causes.” In: Schain, Martin, Aristide Zolberg und Patrick Hossay (Hrsg.) *Shadows over Europe: The Development and Impact of the Extreme Right in Western Europe* (London: Palgrave Macmillan), 21–37.

Ignazi, Piero (2003) *Extreme Right Parties in Western Europe* (Oxford: Oxford University Press).

Jesse, Eckhard und Tom Thieme (2011a) „Extremismus in den EU-Staaten: Theoretische und konzeptionelle Grundlagen.” In: Jesse, Eckhard und Tom Thieme (Hrsg.) *Extremismus in den EU-Staaten* (Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften), 11–32.

Jesse, Eckhard und Tom Thieme (2011b) „Extremismus in den EU-Staaten im Vergleich.” In: Jesse, Eckhard und Tom Thieme (Hrsg.) *Extremismus in den EU-Staaten* (Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften), 431–482.

Kahlweit, Cathrin (01.06.2015) "Wie sich Österreich an rechte Parolen gewöhnt hat." *Sueddeutsche.de* <<http://www.sueddeutsche.de/politik/wahlerfolg-der-fpoe-wie-sich-oesterreich-an-rechte-parolen-gewoehnt-hat-1.2502166>> (Abrufdatum: 03.08.2015).

Karlhofer, Ferdinand (2012) „The rise and decline and rise of Austria’s radical right.“ In: Pallaver, Günther und Claudius Wagemann (Hrsg.) *Challenges for Alpine Parties: Strategies of Political Parties for Identity and Territory in the Alpine Region* (Innsbruck/Wien/Bozen: Studienverlag), 35–54.

Kitschelt, Herbert (1995) *The Radical Right in Western Europe* (Ann Arbor: University of Michigan Press).

Klein, Markus und Kai Arzheimer (1999) „Liberalismus, Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus in Deutschland und Österreich: Bestandsaufnahme und Zukunftsszenarien.“ *kai-arzheimer.com* <<http://www.kai-arzheimer.com/paper/liberalismus-rechtsradikalismus-und-rechtspopulismus-deutschland-und-osterreich/>> (Abrufdatum: 29.07.2015).

Kriesi, Hanspeter (2014) "The Populist Challenge." *West European Politics* 37 (2), 361–378.

Lipset, Seymour M. und Stein Rokkan (1967) *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives* (London/New York: Free Press).

Lochocki, Timo (2012) „Immigrationsfragen: Sprungbrett rechtspopulistischer Parteien.“ *Aus Politik und Zeitgeschichte* 62, 30–36.

Luther, Kurt Richard (2000) „Austria: A Democracy under Threat from the Freedom Party?“ *Parliamentary Affairs* 53 (3), 426–442.

Luther, Kurt Richard (2003) „The self-destruction of a right-wing populist party? The Austrian parliamentary election of 2002.“ *West European Politics* 26 (2), 136–152.

Luther, Kurt Richard (2005) „Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ).“ *Working Paper 22* (Keele European Parties Research Unit).

Luther, Kurt Richard (2006a) „Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ).“ In: Dachs, Herbert et al. (Hrsg.) *Politik in Österreich: Ein Handbuch* (Wien: Manz), 364–388.

Luther, Kurt Richard (2006b) „Strategien und (Fehl-) Verhalten: Die Freiheitlichen und die Regierungen Schüssel I und II.“ In: Tálos, Emmerich (Hrsg.) *Schwarz-Blau: Eine Bilanz des Neu-Regierens* (Wien: LIT Verlag), 19–37.

Luther, Kurt Richard (2008) „The 2006 Austrian Parliamentary Election: From Bipolarism to Forced Marriage.“ *West European Politics* 31 (5), 1004–1015.

Luther, Kurt Richard (2009) „The Revival of the Radical Right: The Austrian Parliamentary Election of 2008.“ *West European Politics* 32 (5), 1049–1061.

Luther, Kurt Richard (2011) „Of goals and own goals: A case study of right-wing populist party strategy for and during incumbency.“ *Party Politics* 17 (4), 453–470.

Herbert Kitschelt und McGann, Anthony J. (2005) „The Radical Right in the Alps: Evolution of Support for the Swiss SVP and Austrian FPÖ.“ *Party Politics* 11 (2), 147–171.

Mény, Yves und Yves Surel (2002) „The Constitutive Ambiguity of Populism.“ In: Mény, Yves und Yves Surel (Hrsg.) *Democracies and the Populist Challenge* (Houndsmills: Palgrave Macmillan), 1–21.

Minkenberg, Michael (2000) „The Renewal of the Radical Right: Between Modernity and Anti-modernity.“ *Government and Opposition* 35 (2), 170–188.

Minkenberg, Michael (2013) „From Pariah to Policy-Maker? The Radical Right in Europe, West and East: Between Margin and Mainstream.“ *Journal of Contemporary European Studies* 21 (1), 5–24.

Mudde, Cas (1996) „The War of Words Defining the Extreme Right Party Family.“ *West European Politics* 19 (2), 225–248.

Mudde, Cas (2007) *Populist Radical Right Parties in Europe* (Cambridge: Cambridge University Press).

Mudde, Cas (2010) „The Populist Radical Right: A Pathological Normalcy.“ *West European Politics* 33 (6), 1167–1186.

Mudde, Cas (2013) „Three Decades of populist radical right parties in Western Europe: So what?“ *European Journal of Political Research* 52 (1), 1–19.

Mudde, Cas (2014) „Fighting the system? Populist radical right parties and party system change.“ *Party Politics* 20 (2), 217–226.

Müller, Wolfgang C. (2002) „Evil or the ‘Engine of Democracy’? Populism and Party Competition in Austria.“ In: Mény, Yves und Yves Surel (Hrsg.) *Democracies and the Populist Challenge* (Houndsmills: Palgrave Macmillan), 155–175.

Murphy, Anthony (2004) „The Rise of the Austrian Freedom Party in the 1990s: A Culturalist Approach.“ *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 33 (3), 297–307.

o.a. (22.08.2015) „Umfrage: Strache in der Kanzlerfrage vorne.“ *derstandard.at* <<http://derstandard.at/2000021116280/Umfrage-Strache-in-der-Kanzlerfrage-vorne>> (Abrufdatum: 22.08.2015).

Oberlechner, Manfred (2005) „Strukturelle Versäulungen in Österreich und den Niederlanden: Gemeinsamkeiten, Unterschiede, Auswirkungen.“ *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 34 (2), 191–205.

Oesch, Daniel (2008) „Explaining workers‘ support for right-wing populist parties in Western Europe: Evidence from Austria, Belgium, France, Norway and Switzerland.“ *International Political Science Review* 29 (3), 349–373.

Pallaver, Günther und Reinhold Gärtner (2006) „Populistische Parteien an der Regierung – zum Scheitern verdammt? Italien und Österreich im Vergleich.“ In: Frank Decker (Hrsg.) *Populismus: Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?* (Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften), 99–120.

Pelinka, Anton (2002a) „Die FPÖ im internationalen Vergleich: Zwischen Rechtspopulismus, Deutschnationalismus und Österreich-Patriotismus.“ *conflict & communication online* 1 (1), 1–12.

Pelinka, Anton (2002b) „Die FPÖ in der vergleichenden Parteienforschung: Zur typologischen Einordnung der Freiheitlichen Partei Österreichs.“ *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 31 (3), 281–290.

Pelinka, Anton (2003) „Das politische System Österreichs.“ In: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.) *Die politischen Systeme Westeuropas* (Opladen: Leske+Budrich), 521–552.

Pelinka, Anton (2005) „Die FPÖ: Eine rechtspopulistische Regierungspartei zwischen Adaption und Opposition.“ In: Frölich-Steffen, Susanne und Lars Rensmann

(Hrsg.) *Populisten an der Macht: Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa* (Wien: Braumüller), 87–104.

Pelinka, Anton und Sieglinde Rosenberger (2007) *Österreichische Politik: Grundlagen, Strukturen, Trends* (Wien: Facultas).

Pelinka, Anton (2013) „Der Preis der Salonfähigkeit: Österreichs Rechtsextremismus im internationalen Vergleich.“ *Fakten und Hintergrundinformationen* (Wien: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes).

Pelinka, Anton (11.06.2015) „Opportunisten und Populisten.“ *Zeit Online* <<http://www.zeit.de/2015/24/spoe-fpoe-koalition-burgenland-oesterreich>> (Abrufdatum: 28.07.2015).

Picker, Ruth, Brigitte Salfinger und Ega Veglovits (2004) „Aufstieg und Fall der FPÖ aus der Perspektive der Empirischen Wahlforschung: Eine Langzeitanalyse (1986–2004).“ *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 33 (3), 263–279.

Plasser, Fritz und Peter A. Ulram (2010) „Bürger und Politik in Österreich.“ In: Gabriel, Oscar W. und Fritz Plasser (Hrsg.) *Deutschland, Österreich und die Schweiz im neuen Europa: Bürger und Politik* (Baden-Baden: Nomos), 147–216.

Priester, Karin (2012) *Rechter und linker Populismus: Annäherung an ein Chamäleon* (Frankfurt/New York: Campus Verlag).

Rensmann, Lars (2006) „Populismus und Ideologie.“ In: Frank Decker (Hrsg.) *Populismus: Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?* (Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften), 59–80.

Riedl, Joachim (10.04.2015) „Rechtspopulismus in Österreich: Ausgrenzen genügt nicht.“ *Zeit Online* <<http://www.zeit.de/2015/15/rechtspopulismus-oesterreich-fpoe>> (Abrufdatum: 28.07.2015).

Riedl, Joachim (02.06.2015) „Die blaue Flut.“ *Zeit Online* <<http://www.zeit.de/2015/23/wahlen-oesterreich-erfolg-fpoe-folgen>> (Abrufdatum: 28.07.2015).

Riedlsperger, Max (1998) „The Freedom Party of Austria: From Protest to Radical Right Populism.“ In: Betz, Hans-Georg und Stefan Immerfall (Hrsg.) *The New Politics of the Right: Neo-Populist Parties and Movements in Established Democracies* (New York: St. Martin's Press), 27–43.

Rydgren, Jens (2006) „Vom Wohlfahrtschauvinismus zur ideologisch begründeten Fremdenfeindlichkeit: Rechtspopulismus in Schweden und Dänemark.“ In: Decker, Frank (Hrsg.) *Populismus: Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?* (Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften), 165–190.

- Scharenberg, Albert (2005) „Rückkehr der Führer? Rechtsparteien in Europa.“ *Blätter für deutsche und internationale Politik* 5, 571–582.
- Scharsach, Hans-Henning und Kurt Kuch (2000) *Haider: Schatten über Europa* (Wien: Kiepenheuer & Witsch).
- Taggart, Paul (2004) „Populism and representative politics in contemporary Europe.“ *Journal of Political Ideologies* 9 (3), 269–288.
- Van Spanje, Joost (2010) „Contagious Parties: Anti-Immigration Parties and Their Impact on Other Parties‘ Immigration Stances in Contemporary Western Europe.“ *Party Politics* 16 (5), 563–586.
- Williams, Michelle Hale (2013) “Tipping the Balance Scale? Rightward Momentum, Party Agency and Austrian Party Politics.” *Journal of Contemporary European Studies* 21 (1), 68–86.
- Wineroither, David M. (2009) *Kanzlermacht – Machtkanzler? Die Regierung Schlüssel im historischen und internationalen Vergleich* (Wien/Berlin: LIT Verlag).
- Wineroither, David M. und Herbert Kitschelt (2012) „Die Entwicklung des Parteienwettbewerbs in Österreich im internationalen Vergleich.“ In: Helms, Ludger und David M. Wineroither (Hrsg.) *Die österreichische Demokratie im Vergleich* (Baden-Baden: Nomos/UTB), 193–221.
- Zaslove, Andrej (2004) „Closing the Door? The ideology and impact of radical right populism on immigration policy in Austria and Italy.“ *Journal of Political Ideologies* 9 (1), 99–118.
- Zaslove, Andrej (2009) „The Populist Radical Right: Ideology, Party Families and Core Principles.“ *Political Studies Review* 7 (3), 309–318.

Die Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung

Die "Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung" (ÖGPP) ist ein gemeinnütziger Verein, der 2001 gegründet wurde zur Förderung der Allgemeinheit auf geistigem und politischem Gebiet und sich mit grundsätzlichen Fragen der Politikberatung und Politikentwicklung sowie der Trend- und Zukunftsforschung befasst.

Die ÖGPP veröffentlicht sämtliche Arbeiten kostenlos auf ihrer Internet-Homepage www.politikberatung.or.at.

Die ÖGPP dankt allen Förderern ihrer Arbeit.

Die Autorin der Studie:

Mag.^a Elisabeth Kleinlercher, MSc.

Studium der Politikwissenschaft, European Politics & Society, Anglistik und Amerikanistik